

15.

Transformierte Kontinuitäten.

Akademieforschung nach 1945 im Schatten des Nationalsozialismus

15.1

Sprach- und Volkstumsforschung

15.1.1

Das „Denkmal altbäuerlich-österreichischer Sprach- und Volkskultur“

15.1.2

Das Ende der Zusammenarbeit zwischen Wien und München

15.1.3

Die „Verösterreicherung“ nationalsozialistischer Forschung. Kärntner Ortsnamenbuch, Lautgeografie und Dialektatlas

15.1.4

Die Wiener Schule der Dialektologie – Anpassung und Beharrlichkeit

15.2

Physische Anthropologie

15.3

Raum- und Südostforschung

15.3.1

Die neue Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau

15.3.2

Brüche und Kontinuitäten

15.4

Von der Radiumforschung zur Kernphysik

15.4.1

Karlik's Stunde. Der Aufstieg Berta Karlik's zur wichtigsten Atomforscherin Österreichs

15.4.2

Der wissenschaftliche Neustart des Radiuminstituts 1945. Forscher/innentausch und die transformierten Kontinuitäten, die die NS-Kernforschung mit der Nachkriegszeit verbinden

15.4.3

Österreich tritt ins Atomzeitalter ein

15.5

Resümee

Welche NS-Forschung lebte nach 1945 an der ÖAW wie und wie lange weiter und welche nicht? Wie sich die wissenschaftliche Forschungspraxis der Akademie erneut transformieren musste, um Forschungsarbeiten aus der NS-Zeit unter veränderten politischen Vorzeichen wiederaufnehmen zu können, wird im Folgenden erstmals anhand wichtiger Akademieforschungsfelder rekonstruiert. Untersucht wird die Weiterführung bzw. Beendigung jener Forschungen, die während der NS-Zeit eine starke politisch-ideologische bzw. kriegswichtige Ausrichtung hatten. Analysiert wird, welche Anpassungen es bedurfte, damit wissenschaftliche Unternehmungen in veränderter Form in der Zweiten Republik weitergeführt werden konnten. Weiters wird danach gefragt, wie sich die Akademie mit ihren Forschungseinheiten verändern musste, um sich trotz der Vielzahl NS-belasteter Mitglieder, die zunächst zur Inaktivität gezwungen waren, als Forschungsinstitution weiter behaupten zu können.

Diese Fragen werden seit rund 25 Jahren unter dem Begriff Kontinuität diskutiert. Zentraler Ansatzpunkt waren Karriereverläufe von nationalsozialistischen Hochschullehrern über die Zäsur von 1945 hinweg. Mitchell G. Ash hat insbesondere für die Universität Wien gezeigt, dass der Kontinuitätsbegriff den Sachverhalt etlicher jahrelanger Unterbrechungen universitärer Berufslaufbahnen nicht adäquat erfasst. Er spricht daher von „konstruierten Kontinuitäten“ und einer „selektiven Neukonstruktion der Professorenschaft“.¹ Im Unterschied zur Universität war die Akademiemitgliedschaft nicht mit beruflichen Stellungen verknüpft. An der Akademie wurden ehemalige Parteimitglieder unter Anwendung des Verbotsgesetzes (1945) und des Nationalsozialistengesetzes (1947) vorübergehend ruhend gestellt. Dessen ungeachtet setzten die Kommissionen (in denen oftmals auch ruhend gestellte ehemalige Parteimitglieder vertreten waren) die vor 1945 geübte Forschungspraxis mit Bedachtnahme auf die notwendig gewordenen Anpassungen fort.² Die Akademie stand dabei vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen konnte sie zur Erhaltung der Institution auf bestehende Forschungsunternehmungen, vorhandene Apparaturen und gesammelte Materialien nicht verzichten. Zum anderen musste sie aber zugleich gemäß den staatlichen und politischen Rahmenbedingungen Adaptionen vornehmen und Erneuerungswillen zeigen, wenngleich dies oftmals nur in rhetorischer Hinsicht geschah.³ Dieses Wechselspiel von ge-

1 ASH, Verordnete Umbrüche, konstruierte Kontinuitäten, 1995; ASH, Die Universität, 2015, 155f.; ASH, Die österreichischen Hochschulen, 2017, 66.

2 Siehe Kapitel 14, 166. Die nach dem „Anschluss“ ausgeschlossenen Mitglieder wurden 1945 wieder aufgenommen, 1938 vertriebene Mitarbeiter/innen wieder zur Mitarbeit eingeladen. Da die Republik die vertriebenen Wissenschaftler/innen nicht zurückholte, standen diese für die Wahl zu kM I oder wM nicht zur Verfügung. Ab 1950 wählte die Akademie aus der Emigration zurückgekehrte Wissenschaftler zu wirklichen Mitgliedern, siehe Kapitel 17, 291.

3 Vgl. BOLLENBECK/KNOBLOCH, Vorwort, 2001, 5f.

wollter Kontinuität und auferlegter Transformation bestimmte die Tätigkeit der Akademie in der Nachkriegszeit.

Exemplarisch untersucht werden 1) ältere, in die Zeit vor 1938 zurückreichende Forschungsvorhaben, die sowohl während der NS-Diktatur in angepasster, für Partei und Staat nutzbarer Form als auch nach 1945 weitergeführt wurden (am Beispiel der Sprach- und Volkstumsforschung sowie des rassenkundlichen Ansatzes der Anthropologie); 2) zwischen 1938 und 1945 neu entwickelte und nach Kriegsende mit dem Argument der Relevanz für den sogenannten Wiederaufbau in den Tätigkeitsbereich der Akademie integrierte Forschungsbereiche (am Beispiel der Raumforschung); 3) das im Nationalsozialismus als „wehrwichtig“⁴ verstandene Forschungsfeld der Neutronenforschung, das im Zeichen des nach 1945 international aufflammenden Enthusiasmus für die friedliche Nutzung der Atomenergie von der Akademie weitergeführt wurde (Kernforschung).

Das in der NS-Zeit in verschiedenen Forschungseinrichtungen erarbeitete bzw. erweiterte Forschungsmaterial (Karten, Tonaufnahmen, Datensammlungen) sowie neu entwickelte Methoden, Praktiken und Apparate stellten im Sinne einer „konstruierten Kontinuität“ nutzbare „Ressourcen“ dar,⁵ auf die die Akademie nicht verzichten wollte. Dass diese Ressourcen im Zusammenhang mit volkspolitischer und „wehrwichtiger“ NS-Forschung gewonnen worden waren, war lange Zeit nicht der Rede wert. Während die oft steilen Karrieren ehemaliger Nationalsozialisten in der Zweiten Republik mittlerweile weitgehend erforscht sind, ist das Weiter- und Nachleben der im Nationalsozialismus geübten Forschungspraxis in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik noch unzureichend untersucht. Darin besteht ein weitgehendes Desiderat der jüngeren österreichischen Wissenschaftsgeschichte. Erste Ergebnisse zum langen Schatten des Nationalsozialismus, der auf der ÖAW-Forschungstätigkeit zwischen 1945 und dem Anfang der 1970er Jahre lag, werden hiermit vorgelegt.

15.1 Sprach- und Volkstumsforschung

Im Folgenden wird versucht, sich der Frage anzunähern, wie politisch und ideologisch gefärbte Agenden der Wiener Wörterbuchkanzlei (Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch) sich von der Zwischenkriegszeit über die Zeit des Nationalsozialismus bis über die 1960er Jahre hinaus fortsetzten. Die Wiener Dialektforschung löschte nach 1945 ihre eifrige Beteiligung an nationalsozialistischen Projekten, allen voran dem „Lautdenkmal“⁶, aus ihrem

4 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 145/1944, Stand, Aufgaben, und Bedeutung der Akademie der Wissenschaften in Wien [verf. v. Heinrich Srbik, exp. an Kurt Knoll, 6.10.1944].

5 ASH, Wissenschaft und Politik, 2002, 45f.

6 Siehe Kapitel 12, 86.



49. Eberhard Kranzmayer, Sprachforscher an der Münchner und Wiener Akademie im Dienst des Nationalsozialismus, 1945 mit Berufsverbot belegt, 1951 kM I, 1958 Leiter der ÖAW-Wörterbuchkanzlei, 1967 wM

Fachgedächtnis. So taucht Eberhard Kranzmayers Artikel „Das Lautdenkmal reichsdeutscher Mundarten. Ein Geburtstagsgeschenk für unseren Führer“⁷ (1939) in seinem 1967 veröffentlichten Schriftenverzeichnis nicht mehr auf.⁸

Als nach der Wiederaufnahme des Kanzleibetriebs 1945 mit Viktor Dollmayr (1878-1964) Ersatz für das entlassene NSDAP-Mitglied Anton Pfalz gefunden war, boten die Nachkriegsbedingungen für die Fortführung der Sammeltätigkeit mittels Fragebögen und sogenannten Kundfahrten schlechte Voraussetzungen, weshalb Dollmayr einstweilen einen neuen Zugang zur Sammlung von Mundartbelegen, nämlich die Auswertung der österreichischen Weistümer, mittelalterlicher Rechtsquellen, wählte.⁹ Was den Kontakt zu den außer Dienst gestellten Mitarbeitern betraf, schien Dollmayr sehr an

diesem gelegen zu sein, wie sein Briefwechsel mit Anton Pfalz aus dem Jahr 1946 dokumentiert. Gegenstand dieses Briefwechsels waren der Stand der Arbeiten und Dollmayrs erklärte Hoffnung, dass Pfalz die Führung der Kanzlei in Zukunft wieder übernehmen würde.¹⁰ Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, denn der illegale Nationalsozialist Pfalz kehrte weder als Leiter in die Wörterbuchkanzlei noch als Professor an die Universität Wien zurück. Nachdem allerdings der Bundespräsident 1949 sein Ansuchen auf Ausnahme von den Sühnfolgen bewilligt hatte und er im gleichen Jahr an der Universität in den Ruhestand versetzt wurde,¹¹ nahm die ÖAW Pfalz wieder als Mitglied auf. 1951 wurde er in der Mitgliederliste der Wörterbuchkommission sowie der Phonogrammarchivs-Kommission im Almanach der Akademie genannt.¹²

Pfalz hatte Dollmayr schon 1946 empfohlen, Eberhard Kranzmayer (Abb. 49) wieder mit der Bearbeitung des von ihm zusammengetragenen dialektgeografischen Materials zu betrauen.¹³ Kranzmayer war 1945 als ehemaliges NSDAP-Mitglied und Leiter des SS-Ahnenerbe-Instituts für Kärntner Landesforschung an der Universität Graz vom Dienst suspendiert worden und konnte zunächst auch an der Akademie nicht beschäftigt werden.¹⁴

7 KRANZMAYER, Das Lautdenkmal, 1939.

8 Vgl. HORNING, Verzeichnis der Schriften, 1967.

9 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, M. „Ausgang 1946“, No. 78/46, Viktor Dollmayr an [Richard Meister], 25.9.1946.

10 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, M. „Ausgang 1946“, No. 83/46, [Viktor Dollmayr an Anton Pfalz], 30.9.1946.

11 Vgl. PFEFFERLE/PFEFFERLE, Glimpflich entnazifiziert, 2014, 314.

12 Vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 101 (1951), 133, 123.

13 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, M. „Eingang 1946“, No. 62/46, [Anton Pfalz an Viktor Dollmayr], 18.10.1946.

14 Zur Entnazifizierung von Eberhard Kranzmayer an der Universität Graz vgl. JANDL, Die

1948 unterstützte ihn die ÖAW durch ein Stipendium. Ab dem 1. Jänner 1949 war er als Assistent an der Universität Wien tätig und der Wörterbuchkanzlei der ÖAW zugewiesen.¹⁵ Im Juni 1949 erhielt Kranzmayer auch seine Lehrbefugnis und den Titel eines außerordentlichen Professors zurück. Seine Lehrtätigkeit bedeutete die Wiederbelebung des Extraordinariats für deutsche Sprache an der Universität Wien, das mit der Entlassung von Pfalz eingezogen worden war.¹⁶ In der Zeit nach 1945 wies die Wiener Germanistik in personeller und inhaltlicher Hinsicht insgesamt eine sehr hohe NS-Kontinuität auf.¹⁷ An der ÖAW wurde Kranzmayer erstmals 1958 im Mitgliederverzeichnis offiziell als „Leiter der Wörterbuchkanzlei der Akademie“ genannt.¹⁸ Die Akademie wählte ihn 1951 zum kM I und 1967 zum wM.¹⁹

15.1.1 Das „Denkmal altbäuerlich-österreichischer Sprach- und Volkskultur“

Die Wörterbuchkanzlei richtete ihre Forschungsaktivitäten nach der Zäsur 1945 an einer „österreichischen Kontinuitätslinie“²⁰ aus. Sie folgte damit der Strategie der Akademie, sich als genuin österreichische Institution darzustellen: „Die Akademie der Wissenschaften“, so Meister in seiner Festrede anlässlich der Hundertjahrfeier der Akademie 1947 vor dem Hintergrund ihres siebenjährigen Intermezzos als Akademie des Deutschen Reiches, „ist auch in allen Zeiten ihres Bestandes österreichische Akademie gewesen.“²¹ In diesem Zusammenhang zählte Generalsekretär Josef Keil in einem Vortrag anlässlich der Festsitzung der ÖAW im Rahmen der Österreichischen Kulturwoche im November 1950 (Abb. 50) die Leistungen der Akademie für Österreich auf, nicht ohne ausdrücklich auf den Beitrag der Wörterbuchkommission hinzuweisen:

Nehmen wir dazu noch die Kommission zur Schaffung eines österreichisch-bayerischen Wörterbuches, die in einer bereits seit Jahrzehnten unermüdlich betriebenen Sammelarbeit alle Zeugnisse dieses Dialektes in der mündlichen und schriftlichen Überlieferung in Hunderttausenden von Zetteln aufgespeichert hat, die nunmehr zu einem vielbändigen Lexikon verarbeitet werden, so darf man wohl sagen, daß die Akademie das Ihre tut und getan hat für die Geschichte unseres Heimatlandes, de-

Grazer Germanistik, 2017, 80; ders., Die universitäre Germanistik, 2021, 168-170.

15 Vgl. JANDL, Die Grazer Germanistik, 2017, 84f.

16 Vgl. WIESINGER/STEINBACH, 150 Jahre Germanistik, 2001, 114.

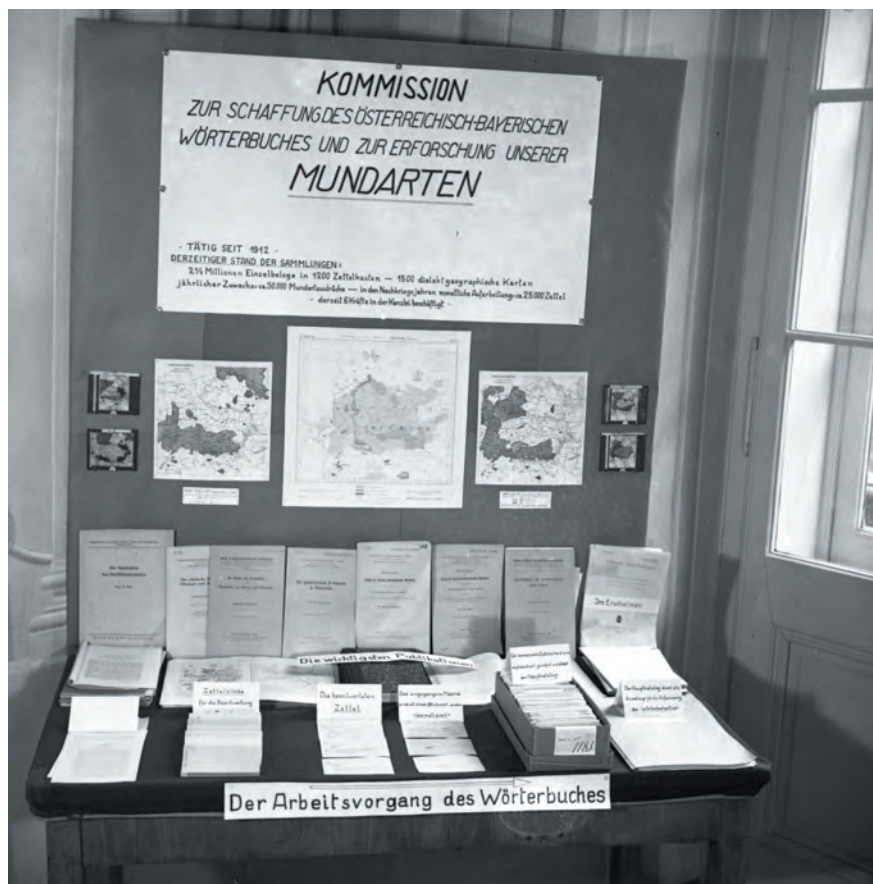
17 Vgl. RANZMAIER, Germanistik, 2005, 177f.

18 Vgl. Verzeichnis der Mitglieder der philosophisch-historischen Klasse, in: Alm. 108 (1958), 68.

19 Vgl. WIESINGER, Eberhard Kranzmayer, 1976, 2f.; ders., Mundarten- und Namenforscher, 1975.

20 UHL, Hundertjahrfeier, 2013, 199.

21 Festvortrag des Vizepräsidenten, in: Alm. 97 (1947), 215.



ren genaue Kenntnis von größter Bedeutung für die Weckung und Ausbildung eines österreichischen Staatsbewußtseins ist.²²

Der Stärkung des Österreichbewusstseins widmete die Wörterbuchkanzlei ab 1951 ein groß angelegtes Forschungsprojekt mit dem Ziel, durch Mundartaufnahmen auf Kundfahrten in ganz Österreich unter Federführung von Eberhard Kranzmayer ein „gesamtösterreichisches Dialektarchiv“ aufzubauen.²³ Dafür stand mit dem Phonogrammarchiv ein bewährter Partner bereit, dem das Projekt ebenfalls die Möglichkeit bot, sich bewusst als österreichische Forschungseinrichtung zu positionieren und gleichzeitig von der eigenen NS-Vergangenheit zu distanzieren. Walter Ruth, der wieder eingesetzte Leiter, bezeichnete in seiner Rede zur feierlichen Wiedereröffnung des Phonogrammarchivs am 19. Mai 1949 dessen Gründung als eine „echt

22 Rede v. Josef Keil, Festsitzung der Akademie anlßl. der österr. Kulturwoche, in: Alm. 100 (1950), 440f.

23 Vgl. AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Bericht der Wörterbuchkommission über mundartkundliche Tonbandaufnahmen in Tirol, 17.-26.6.1955 u. 20.7.1955.

österreichische Pioniertat auf kulturellem Gebiet“.²⁴ Der bei dieser Gelegenheit offiziell wieder eingesetzte Obmann der Phonogrammarchivs-Kommission, Friedrich Wild, bezeichnete die „systematische Fixierung sämtlicher österreichischer Mundarten, die sich im Rückzug vor der Verkehrssprache befinden“, nicht nur als „eine eminent wissenschaftliche Aufgabe“, sondern auch als „ein patriotisches Gebot“.²⁵

Von den Systemwechseln 1938 und 1945 profitierte das Phonogrammarchiv aufgrund der Möglichkeit, neue Aufnahmegeräte anzuschaffen: 1939 waren ein modernes Schallplattenaufnahmegerät von Telefunken sowie ein neues Hochfrequenzmagnetophon erworben worden, das durch sein geringes Gewicht nunmehr die Aufnahme von Mundartaufnahmen auf Kundfahrten durch die österreichischen Bundesländer vereinfachte. Nach 1945 erleichterte auch das Magnettonband die Aufnahmetätigkeit.²⁶ Im Einsatz der modernen Phonogrammarchiv-Apparaturen erkannte Kranzmayer einen Vorteil für sein neues Projekt, die Errichtung eines „Denkmals altbäuerlich-österreichischer Sprach- und Volkskultur“.²⁷ Nach eigenen Angaben hatte er in den Jahren 1939 und 1941 bereits selbst eine „neue Aufnahmemethode unverfälschter Mundart“ entwickelt und erprobt.²⁸ Es handelte sich dabei um eine neue Art der Gesprächsführung, die er als „psychologische Methode“ bezeichnete und durch die er es zu bewerkstelligen meinte, seine sogenannten Gewährsmänner zu „echterem und lebensgetreuerem“ Sprechen zu bringen.²⁹

Die Tonaufnahmen der österreichischen Dialekte ab 1951 für das neue „gesamtsösterreichische Dialektarchiv“ wurden zunächst ausschließlich unter der Leitung ehemaliger NSDAP-Mitglieder durchgeführt: „Kärnten, Osttirol, Oberösterreich, Burgenland (Prof. Kranzmayer), Steiermark (Prof. Jutz)“.³⁰ 2018 wurden sie in das österreichische Memory of the World-Register der UNESCO aufgenommen, mit der Begründung, dass mit diesem Korpus erstmalig „eine Dokumentation dialektaler Sprache in ihrem tatsächlichen

24 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Bericht über die anlässlich der Wiedereröffnung des Phonogrammarchivs am 19.5.1949 abgehaltene interne Feier. Dessen Tätigkeit war nach der Beseitigung der Kriegsschäden bereits früher wiederaufgenommen worden.

25 Vgl. AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Bericht über gegenwärtige Tätigkeiten, Obmann der Phonogrammarchivs-Kommission an das Präsidium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 16.3.1954.

26 Vgl. GAISBAUER, Die Konservierung, 2020, 111.

27 HORNING, Tonaufnahmen, 1961, 185f.

28 Vgl. AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Bericht über gegenwärtige Tätigkeiten, Obmann der Phonogrammarchivs-Kommission an das Präsidium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 16.3.1954.

29 Vgl. HORNING, Tonaufnahmen, 1961, 185-188.

30 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Friedrich Wild an das Präsidium der ÖAW, 16.3.1954. Die anderen Bundesländer sind in dieser Auflistung nicht genannt. Leo Jutz (kM I 1941, wM 1961) war ab 1940 o. Prof. für deutsche Sprache und ältere deutsche Literatur an der Universität Graz und aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft 1945 registrierungspflichtig.

Gebrauch erstellt [wurde], indem die SprecherInnen in Konversationen und in freier Rede aufgenommen wurden“.³¹

Neben der schwerpunktmäßigen Bauerndialektforschung ließ Kranzmayer ab 1958 die Wiener Tradition der Dialektforschung in den „Grenz- und Insel-bairisch-österreichischen Gebieten“ verstärkt wieder aufleben. Bereits 1950 hatte die Wörterbuchkanzlei noch in Zusammenarbeit mit dem Phonogrammarchiv „Schallplattenaufnahmen von jetzt aussterbenden Dialekten ehemaliger Volksdeutscher aus Böhmen und Mähren gemacht“,³² die ausgesiedelt worden waren und sich damals in Wien aufhielten.³³ 1953 gab Kranzmayer einen Überblick über jene an Österreich grenzenden Gebiete, in denen Bairisch gesprochen worden war. Dies waren zum einen

das Egerland, der Böhmerwald, Südböhmen und Südmähren, an das Burgenland anrainende Landschaften der Tschechoslowakei und Ungarns, angrenzende einstmals deutsche Sprachgebiete Jugoslawiens, Südtirol sowie Randgemeinden der Schweiz, soweit sie dem österreichischen Dialekt zuzuteilen sind[,]

zum anderen die

in den im Hochmittelalter begründeten Bauernsprachinseln, soweit sie von Österreich und den zugehörigen Landschaften des geschlossenen Dialektraumes begründet worden sind [...]. Es sind dies vor allem die Sieben und Dreizehn Gemeinden, das Fersental, Bladen und Zahrs in Italien, Deutsch Ruth, Zarz und Gottschee in Jugoslawien, Deutsch Pilsen in Ungarn und die Bergwerkssiedlungen in der Slowakei sowie die Sprachinseln um Brünn, Wischau, Iglau, Budweis.³⁴

Da die Bewohner/innen während des Zweiten Weltkriegs ausgesiedelt und vertrieben worden waren und die Grenzen infolge des Kalten Kriegs kaum durchlässig waren, konzentrierte sich die Erforschung der „Grenz- und Insel-bairisch-österreichischen Gebiete“ nunmehr auf Nord- und Nordostitalien. 1959 unternahm Kranzmayer erstmals wieder eine Kundfahrt nach den Sieben und Dreizehn Gemeinden Oberitaliens, in die Sprachinseln um Luserna-Folgaria und in das Fersental,³⁵ um mit dem Phonogrammarchiv Sprachproben von 54 „Gewährsleuten“ aufzunehmen. Um die Dialekte der aus der Sprachinsel in Slowenien vertriebenen Gottscheer zu dokumentie-

31 Vgl. Tonaufnahmen Österreichischer Dialekte, UNESCO, www.unesco.at/kommunikation/dokumentenerbe/memory-of-austria/verzeichnis/detail/article/tonaufnahmen-oesterreichischer-dialekte-1951-1983 (abgerufen am 15.1.2021).

32 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 101 (1951), 207.

33 Vgl. HORNUNG, Wörterbuch, 1976, 38f.

34 AÖAW, Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch, K. 3, „Über die Notwendigkeit der Veröffentlichung des österreichischen Dialektwörterbuches“, März 1953 (Beilage zum Protokoll der Kommissionssitzung v. 12.3.1953).

35 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 109 (1959), 298.

ren, besuchten Kranzmayer und seine Mitarbeiter/innen – darunter auch Maria Hornung (1920–2010) – Flüchtlingslager, so im August 1960 das Flüchtlingslager Feffernitz in Kärnten. Dort fertigten sie Tonaufnahmen von acht Personen aus verschiedenen Orten der Gottscheer an. Aufnahmen von vertriebenen Sudetendeutschen stellten sie fortgesetzt im Wiener Studio des Phonogrammarchivs her.³⁶ 1963 nahmen Kranzmayer und seine Mitarbeiter/innen auf dem Gottscheer Kirtag in Krastowitz bei Klagenfurt Personen aus verschiedenen Teilen der ehemaligen Sprachinsel sowie solche, die nach Amerika ausgewandert waren, auf und besuchten zu demselben Zweck eine Gruppe ausgesiedelter Gottscheer in Kapfenberg (Steiermark).³⁷ 1964 unternahmen Kranzmayer und Hornung neben ihren „Mundartfahrten“ in den Bundesländern auch eine „Kundfahrt zur Erforschung von Mischmundarten an der deutsch-romanischen Sprachgrenze in Südtirol und in verschiedenen bayerischen Sprachinseln in Oberitalien“ und Kärnten.³⁸ Die Tonaufnahmen wurden anschließend exzerpiert, sodass die Ergebnisse in das *Bayerisch-Österreichische Wörterbuch* aufgenommen werden konnten.

15.1.2 Das Ende der Zusammenarbeit zwischen Wien und München

Während der Wörterbuchkanzlei nach Kriegsende ein rascher Wiedereinstieg in ihr angestammtes Forschungsprogramm gelang, erfolgte gleichzeitig ab 1951 eine langsame, ungewollte Auflösung der seit der Gründung der Wörterbuchkanzlei bestehenden Kooperation mit der Münchner Wörterbuchkanzlei.³⁹ 1954 äußerte die Münchner Wörterbuchkanzlei den Wunsch, ein eigenständiges Wörterbuch herauszugeben. Als Gründe führte sie die unterschiedlichen Arbeitsweisen – den eher kulturkundlichen Zugang der Bayern und den eher lautgeografischen Zugang der Österreicher – an, außerdem die Ausdehnung der Forschungen der Wiener auf Sprachräume außerhalb der Landesgrenzen, was einen grundlegenden Unterschied zur Vorgehensweise der Münchner darstellte. Die Wiener Wörterbuchkommission lehnte das Separationsbegehren vehement ab⁴⁰ und war bereit, umfassende Kompromisse einzugehen, um die Abkoppelung der Münchner Wörterbuchkommission von Wien zu verhindern. Nach langen Verhandlungen fiel 1961 die Entscheidung, dass zwei voneinander unabhängige Werke erscheinen sollen. Geblieben war ein gemeinsamer Übertitel für die beiden Teile: *Wörterbuch der bayerischen Mundart, I. Österreich, II. Bayern*.⁴¹ Die

36 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 111 (1961), 292.

37 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 114 (1964), 188.

38 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 115 (1965), 190f.

39 Siehe Kapitel 11, 567.

40 Vgl. AÖAW, Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch, K. 3, Protokoll der Sitzung der Wörterbuchkommission am 17.3.1954.

41 Vgl. AÖAW, Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch, K. 2, Abschrift des Berichts Meisters über die Vereinbarung der beiden Kommissionen für das Bayer.-Österr. Wörterbuch der

erste Lieferung des bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Angriff genommenen *Bayerisch-Österreichischen Wörterbuches, I. Österreich* erschien 1963.⁴² Das erste Heft des *Bayerisch-Österreichischen Wörterbuches, II. Bayern* wurde erst 1995 veröffentlicht.⁴³

15.1.3 Die „Verösterreicherung“ nationalsozialistischer Forschung. *Kärntner Ortsnamenbuch, Lautgeografie und Dialektatlas*

In der NS-Zeit waren Forschungsprojekte der Wörterbuchkanzlei und des Phonogrammarchivs sowie solche, die mit diesen Einrichtungen in Verbindung standen, überwiegend eindeutig NS-konform ausgerichtet; sie wurden zum Teil von NS-Behörden in Auftrag gegeben, finanziert, unterstützt oder zumindest kontrolliert.⁴⁴ Um die in der NS-Zeit gesammelten Materialien nach 1945 weiter nutzen zu können, wurden ihre NS-ideologischen Entstehungszusammenhänge verschleiert. Unter dieser Voraussetzung konnten sie problemlos in den Dienst der sich etablierenden patriotischen Österreichforschung gestellt werden. Diese Strategie der „Verösterreicherung“ nationalsozialistischer Forschung zeigte sich an drei Publikationsprojekten des langjährigen Akademiestarbenarbeiters und späteren Leiters der Wörterbuchkanzlei, Eberhard Kranzmayer, die in dieser Hinsicht besonders ausgeprägte Kontinuitäten aufweisen.

15.1.3.1 Das Kärntner Ortsnamenbuch

1956 erschien im Verlag des Geschichtsvereins von Kärnten das *Ortsnamenbuch von Kärnten*.⁴⁵ Im Vorwort gibt Kranzmayer an, „das Manuskript [...] im Jahre 1946 nach achtundzwanzigjähriger Arbeit formuliert und zum ersten Mal fertiggestellt“ zu haben.⁴⁶

In einer kritischen zeithistorischen Auseinandersetzung mit der Kärntner Wissenschaft in der Zeit des Nationalsozialismus wird problematisiert, „daß Kranzmayer die Vorarbeiten bereits in der NS-Zeit geleistet“ und auf diese klar ideologisch motivierten Arbeiten nach 1945 zurückgegriffen hat.⁴⁷ Ab 1942 war er Leiter des SS-Ahnenerbe-Instituts für Kärntner Landesforschung der Universität Graz in Klagenfurt gewesen, das einen politischen Auftrag - die Eindeutschung Oberkärntens, des damaligen „Südkärnten“ - verfolgt hatte.⁴⁸ In der Ortsnamenforschung sah Kranzmayer die Möglichkeit, den deutschen Charakter Kärntens mit Mitteln der Sprachwissenschaft

Österreichischen und der Bayerischen Akademie für die Klassensitzung v. 13.12.1961.

42 Kommission zur Schaffung des Österreichisch-Bayerischen Wörterbuches, Wörterbuch, 1963.

43 Kommission für Mundartforschung, Wörterbuch, 1995.

44 Siehe Kapitel 12, 80.

45 KRANZMAYER, Ortsnamenbuch, 1956.

46 Ebd., 17.

47 FRITZL, „...für Volk ...“, 1992, 169.

48 Ebd., 127.

nachzuweisen. In seiner Funktion als Leiter des Ahnenerbe-Instituts hatte er erstmals umfassend über Kärntner Ortsnamen geforscht und 1944 einen Aufsatz über die wichtigsten Kärntner Ortsnamen sowie einen Artikel über die deutschen Lehnwörter im Slowenischen publiziert.⁴⁹ Als nach 1945 „unter geänderten politischen Vorzeichen derartiges nicht mehr opportun erschien, wurde aus ‚deutsch‘ eben ‚österreichisch‘“.⁵⁰

Diese sprachliche Anpassung nahm auch ein Fürsprecher Kranzmayers an der Akademie der Wissenschaften vor. Es handelte sich dabei um km I Karl Rauch, der Anfang 1948 ein Schreiben an Akademievizepräsident Richard Meister richtete, in dem er für Kranzmayer um finanzielle Unterstützung bei der Fertigstellung zweier Bücher – „Kärntner Ortsnamenbuch“ und ein Buch über „die Öztaler Mundarten – die älteste Mundart Österreichs“ – sowie um eine Anstellung bei der Wörterbuchkanzlei bat.⁵¹ In einem wohlwollenden Gutachten über das Ortsnamen-Manuskript fasste Rauch Kranzmayers These von der zeitenübergreifenden Anpassungsfähigkeit der Slowenen in Kärnten in folgende Worte: „Die Kärntner Lebensformen sind durchaus österreichisch geworden.“⁵² In seinem Antwortschreiben bedauerte Akademievizepräsident Meister, dass eine „förmliche Anstellung“ von NSDAP-Angehörigen an der Akademie ausgeschlossen sei, teilte jedoch mit, dass die phil.-hist. Klasse auf sein Ansuchen hin Kranzmayer eine Subvention von monatlich 200 öS für ein Vierteljahr gewährte. Kranzmayer wurde ersucht, im Zusammenhang mit dem Studium der ihm an der Wörterbuchkanzlei zugänglichen Literatur „eine orientierende Einsicht in den derzeitigen Stand der Wörterbucharbeit zu nehmen [...] und dadurch der Akademie eine fachliche Beurteilung und allenfalls Anregungen für die Weiterführung des Unternehmens [zu] geben“.⁵³ Durch diese Subvention seiner Arbeit am Kärntner Ortsnamenbuch erleichterte die Akademie dem an der Universität Graz wegen seiner illegalen Mitgliedschaft in der NSDAP entlassenen Kranzmayer den beruflichen Wiedereinstieg. 1949 legte die Akademie durch seine Anstellung – die nun wieder möglich war – den Grundstein für die erfolgreiche Fortsetzung seiner 1945 unterbrochenen Karriere in Wien. Das *Ortsnamenbuch von Kärnten* stellte europaweit das erste seiner Art dar.⁵⁴

49 KRANZMAYER, Die wichtigsten Kärntner Ortsnamen, 1944; KRANZMAYER, Die deutschen Lehnwörter, 1944.

50 FRITZL, „...für Volk...“, 1992, 169.

51 AÖAW, Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch, K. 1, Karl Rauch an Richard Meister, 16.1.1948.

52 Vgl. ebd.

53 Vgl. AÖAW, Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch, K. 1, Richard Meister an Karl Rauch, 18.2.1948.

54 Vgl. dazu eine Aufstellung der vorliegenden Ortsnamenbücher im Wikipedia-Eintrag „Ortsnamenbuch“.

15.1.3.2 Lautgeografie

Die Geschichte der Lautgeografie reicht in Österreich bis in das Jahr 1924 zurück, in dem die Wiener Wörterbuchkanzlei mit der Anfertigung dialektgeografischer Karten begann. Sie definierte die Methode der Dialektgeografie als „eine Form sprachstatistischer Darstellung, deren Besonderheit darin besteht, daß die geographische Verbreitung sprachlicher Erscheinungen der Gegenwart kartographisch veranschaulicht wird“. ⁵⁵ Führender Vertreter der neuen dialektgeografischen Kartografie war Eberhard Kranzmayer, der zwischen 1926 und 1940 nach eigenen Angaben insgesamt 1.441 Sprachkarten des bairischen Sprachraums zeichnete. ⁵⁶

Das vorhandene Material und Kranzmayers Expertise flossen direkt in das am 10. Mai 1939 von der Wiener und Münchner Wörterbuchkommission in Wien beschlossene nationalsozialistische Projekt der Erstellung eines Sprachatlas für den gesamtbairischen Sprachraum ein. Für diesen Atlas, für den die Zustimmung des Auswärtigen Amts und anderer NS-Stellen eingeholt werden musste, forderte das Reichspropagandaministerium den Namen „Ostoberdeutscher Atlas“, eine Vorgabe, die auch Kranzmayer akzeptierte. ⁵⁷

Da der „Ostoberdeutsche Sprachatlas“ während des Kriegs nicht veröffentlicht werden konnte, ruhte das in großem Umfang vorhandene Kartenmaterial in den Schubladen der Wiener und Münchner Wörterbuchkanzlei. Auf diese vorhandenen Ressourcen griff Kranzmayer 1945 zurück. Laut dem Tätigkeitsbericht der Wiener Wörterbuchkanzlei arbeitete er in den Jahren 1953 und 1954 an einer „umfänglichen Lautgeographie des bairisch-österreichischen Raumes“. Das Werk, in dem er seine wissenschaftlichen Ergebnisse der vergangenen Jahrzehnte wieder aufgriff, sollte zahlreiche Karten enthalten und als erste Lieferung des Bayerisch-Österreichischen Wörterbuchs erscheinen. ⁵⁸ Bereits im Frühjahr des darauffolgenden Jahres war das 500 maschinenschriftliche Seiten, 27 dialektgeografische und vier Hilfskarten umfassende Manuskript fertiggestellt und von der ÖAW zum Druck angenommen worden. ⁵⁹ Die *Historische Lautgeographie des gesamtbairischen Dialektraumes* erschien 1956. ⁶⁰

Wie Kranzmayer im Vorwort betonte, stellte der „Dialektatlas von Österreich und seinen Nachbarländern“, der von ihm „in den Jahren 1926-1937 geschaffen“ worden sei, das wichtigste Fundament seiner nun herausgebrachten *Historischen Lautgeographie* dar. Kranzmayer verschleierte hier einen entscheidenden Hintergrund: Beim Dialektatlas, auf den er sich be-

55 Vgl. PFALZ, XII. Bericht, 1925, 4.

56 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 15.11.1940.

57 Siehe Kapitel 12, 82.

58 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 104 (1954), 220.

59 Vgl. Tätigkeitsbericht Dollmayrs, in: Alm. 105 (1955), 302.

60 KRANZMAYER, *Historische Lautgeographie*, 1956.

rief, handelte es sich um den „Ostoberdeutschen Atlas“, der mit Zustimmung Kranzmayers vom Reichspropagandaministerium so genannt worden war, um den Namen „Österreich“ zu eliminieren. Seine Erarbeitung war das nationalsozialistische Leitprojekt Kranzmayers und der Wörterbuchkommissionen in Wien und München gewesen.

15.1.3.3 Der Dialektatlas

Mit der Veröffentlichung der *Historischen Lautgeographie* 1956 sah Kranzmayer seine dialektgeografische Arbeit unter Rückgriff auf das Material, das im Zusammenhang mit dem „Ostoberdeutschen Atlas“ entstanden war, noch nicht als beendet an. Im Jahr 1967 erstattete er der phil.-hist. Klasse Bericht über eine geplante Publikation, deren Entstehungsgeschichte er Anfang 1940 ansetzte und deren Herausgabe er beantragte – es handelte sich um den „Dialektatlas Österreichs“. ⁶¹ Was den Kontext der nationalsozialistischen Volkstumspolitik für die Erarbeitung eines Dialektatlas betraf, ⁶² hielt Kranzmayer sich wiederum bedeckt. Bemerkenswerterweise erklärte er aber das Scheitern des Atlasprojekts in der Zeit des Nationalsozialismus mit sinnwidrige[n] Forderungen, die der Reichspropagandaminister und der Reichsaußenminister des damaligen Dritten Reiches an die Gestaltung des Atlases stellten. Sie wollten Verfälschungen und Unwahrheiten in den Atlas hineintragen, indem die Untersteiermark und Oberkain als Teile des deutschen Dialektraums vorgetäuscht werden sollten und Südtirol in den Kartenbildern als nicht-deutsch ausgespart hätte bleiben müssen. ⁶³

Er, Kranzmayer, habe diese politischen Anforderungen bewusst nicht erfüllt und bis 1948 ohne Auftrag am Atlasprojekt weitergearbeitet. Die Kartenauswahl, die er 1940 getroffen hatte, behielt er bei. Für die nun für Ende der 1960er Jahre geplante Veröffentlichung eines umfangreichen Dialektatlases standen seiner Ansicht nach nur noch drei Arbeitsschritte bevor: die Einbeziehung des Fachschrifttums seit 1944, die Aufnahme der darin enthaltenen neuen Wort- und Lautbelege sowie die Ergänzung um Einleitung und Einzelkommentare. ⁶⁴

1974 legte Kranzmayer eine *Allgemeine Einführung in den Atlas der Dialekt Räume in und um Österreich bezogen auf die Bauernmundarten um 1930* vor. Im Vorwort gab er zur Geschichte des Werkes an, dass dieses zwischen 1941 und 1968 unter dem Arbeitstitel „Dialektatlas Österreichs und seiner Nach-

61 AÖAW, Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse v. 10.11.1967 (C 3042).

62 Siehe Kapitel 12, 82.

63 AÖAW, Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch, K. 3, Bericht über den Dialektatlas Österreichs und seiner Nachbarschaft, erstattet von Eberhard Kranzmayer, 10.11.1967.

64 Vgl. ebd.

barländer“ in einer Schublade geruht habe.⁶⁵ Den 1940 ursprünglich akzeptierten Buchtitel „Ostoberdeutscher Atlas“ verschwieg er, wie schon in seiner *Lautgeographie* 1956. Dass Kranzmayer diesen Dialektatlas im Zuge nationalsozialistischer Zweckforschung erarbeitet und als „Ostoberdeutschen Atlas“ bezeichnet hatte, ließ auch Akademiepräsident Richard Meister in seinem Vorwort zur ersten Lieferung des *Bayerisch-Österreichischen Wörterbuchs* (1963) unter den Tisch fallen. Meister stellte darin – die historischen Fakten verfälschend – fest, dass in der Zeit des Nationalsozialismus „unter Kranzmayers Händen der Dialektatlas Österreichs und seiner Nachbarländer“ entstanden sei.⁶⁶

Die in den 1960er Jahren geplante Herausgabe dieses Dialektatlases setzte nunmehr eine konzeptuelle Anpassung an die neue geo- und bevölkerungspolitische Lage voraus. Kranzmayer stand vor dem Dilemma, dass er 1.441 volkstumspolitisch relevante Sprachkarten von deutschen Siedlungsgebieten im vornehmlich slawischen Sprachraum gezeichnet hatte – Siedlungsgebieten, die es nach 1945 nicht mehr gab. Die letzten Bewohner der meisten sogenannten grenz- und inseldeutschen Gebiete in Ostmitteleuropa waren mit wenigen Ausnahmen vertrieben bzw. ausgesiedelt worden oder verstorben. Daher sah er sich gezwungen, den Zeithorizont zu wechseln und von historischer Zeit zu berichten: Sein *Atlas der Dialekträume in und um Österreich* war nunmehr „nicht ein Atlas der Gegenwartsmundarten [...], sondern vielmehr ein historischer Atlas der Sprache unserer konservativsten österreichischen Bauernbevölkerung vor ein bis zwei Menschenaltern. [...] Die Sprachgrenzen [...] geben den Stand von 1930 wieder.“⁶⁷

Im geplanten, aber nie veröffentlichten *Atlas der Dialekträume in und um Österreich bezogen auf die Bauernmundarten um 1930* (Abb. 51) ging Kranzmayer, wie bereits zuvor in der *Historischen Lautgeographie*, zugleich historisch und ahistorisch vor. Auf diese Weise fand er einen Ausweg aus seinem Dilemma: Er argumentierte, dass seine „Lautkarten [...] im wahrsten Sinne des Wortes schon historisch geworden“ seien.⁶⁸ Zugleich blendete er aber den historisch bedingten Zerfall seines Untersuchungsgegenstandes aus und verschleierte die Entstehungskontexte der grundlegenden Sprachkarten in der Zeit des Nationalsozialismus unter dem Aspekt der praktischen Anwendbarkeit für die NS-Volkstumspolitik.

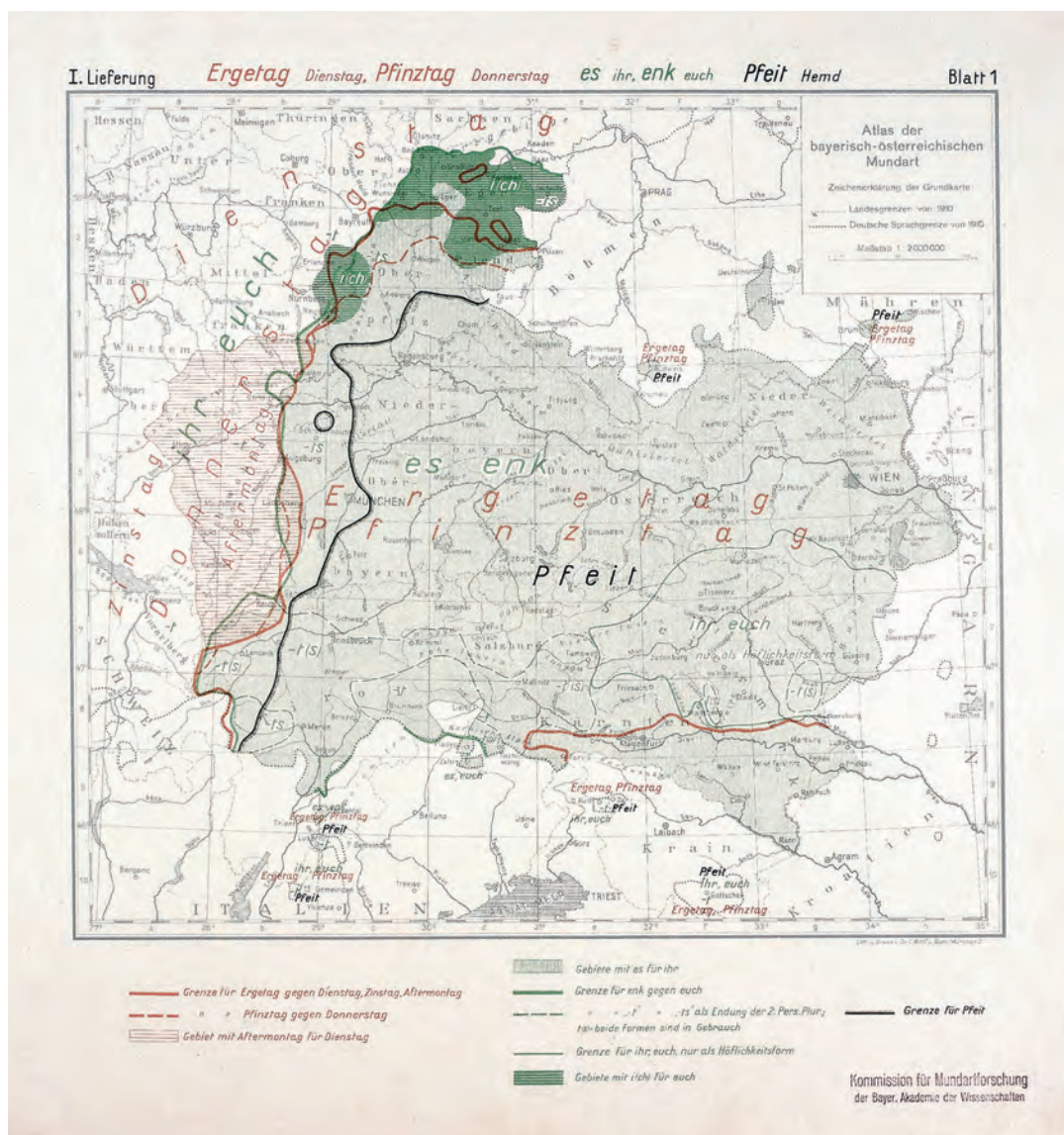
Mit Widerspruch aus Öffentlichkeit oder Politik war in den 1960er- und 70er Jahren in Österreich noch nicht zu rechnen. Daher ist es umso erstaunlicher, dass Kranzmayers Wiederaufnahme des NS-Atlasprojektes Kritik hervorrief (wenn auch nur in einem Schreiben an die ÖAW), nämlich die seines einzigen Habilitanden, Eugen Gabriel. Dieser stellte am Manuskript des Dia-

65 Vgl. KRANZMAYER, Allgemeine Einführung, 1974, 3.

66 MEISTER, Vorwort, 1963, 6.

67 KRANZMAYER, Allgemeine Einführung, 1974, 23.

68 KRANZMAYER, Historische Lautgeographie, 1956, IV [Vorwort].



lektatlasses massive fachliche Mängel fest, im Besonderen verwies er auf die Herkunft des Kartenmaterials: „Ich bin zwar vom Wörterbuch her einiges gewöhnt, aber dies ist doch der Gipfelpunkt an Ignoranz, diese Münchner Karten, welche z. T. vom Reichspropagandaministerium schon gedruckt waren, als Grundlage für die Lieferung zu nehmen.“⁶⁹ Die Karten blieben letztlich unveröffentlicht, da Kranzmayer 1975 verstarb; lediglich die *Allgemeine Einführung in den Atlas der Dialekträume in und um Österreich bezogen auf die Bauernmundarten um 1930* (1974) publizierte er noch im Jahr vor seinem Tod.

51. Sprachkarte von Eberhard Kranzmayer, Blatt 1: „*Ergetag*, *Pfinztag*, *es, enk*, *Pfeil*“, unpublizierter Probedruck für den geplanten Bayerisch-Österreichischen Dialektatlas

69 AÖAW, Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch, K. 3, Eugen Gabriel an unbekannt [mit Eingangsstempel der ÖAW], 20.10.1970.

15.1.4 Die Wiener Schule der Dialektologie – Anpassung und Beharrlichkeit

Der Dreh- und Angelpunkt der bis weit in die Zweite Republik erfolgreichen Wiener Schule der Dialektologie war die Wörterbuchkanzlei der Akademie, die seit ihrer Gründung im Zentrum der Dialektforschung in Österreich stand. Im Gegensatz zur Wörterbuchkanzlei in München war es ihr aufgrund der Institutionalisierung der Mundartforschung und der Phonetik an der Universität Wien in der Zeit des Nationalsozialismus gelungen, eine eigene Schule zu bilden.⁷⁰ Eberhard Kranzmayer gilt bis heute als einer ihrer wichtigsten Vertreter. Obwohl das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Entlassung der federführenden Germanisten der Universität wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft einen Einschnitt in die österreichische Dialektforschung bedeutete, kehrte er nicht nur persönlich auf das akademische Parkett zurück, sondern führte auch die Wiener Schule der Dialektologie weiter.

Da die Wörterbuchkanzlei ab 1935 als Akademieunternehmung in den Räumen des Germanistischen Instituts der Universität Wien angesiedelt war und ihre Mitarbeiter vielfach zugleich dem Lehrkörper angehörten, war die Dialektforschung im universitären Lehrbetrieb stark präsent. Kranzmayer hatte 1949 den sprachwissenschaftlichen Unterricht am Wiener Germanistischen Institut übernommen. 1959 wurde er zum außerordentlichen Professor für deutsche Sprache und ältere deutsche Literatur ernannt, 1961 wurde das Extraordinariat in eine ordentliche Lehrkanzel für deutsche Sprache und ältere deutsche Literatur umgewandelt. In seiner Lehrtätigkeit an der Universität Wien, die er nach seiner Emeritierung 1968 bis ins Jahr 1971 fortsetzte, konzentrierte er sich so gut wie ausschließlich auf die Mundartforschung, wie Kranzmayers Schüler wM Peter Wiesinger in der Jubiläumsschrift *150 Jahre Germanistik* in Wien schreibt.⁷¹ Rückkoppelungen zwischen der Akademieeinrichtung Wörterbuchkanzlei und der universitären Sprachforschung ergaben sich aus der hohen Anzahl der Dissertant/innen Kranzmayers, die im Rahmen der Erarbeitung ihrer Doktorarbeiten auch an der Wörterbuchkanzlei tätig waren.⁷² Zwischen 1950 und 1966 führte Kranzmayers 128 Studierende zum Abschluss ihrer Dissertation.⁷³ Außerdem stellte die Kanzlei dem Institut für Germanistik zu Beginn der 1960er Jahre ihre Sammlungen offiziell für Unterrichtszwecke zur Verfügung.⁷⁴

In der Bundesrepublik Deutschland hingegen vollzog sich in den Sprachwissenschaften ab Mitte der 1960er Jahre eine tiefgreifende Modernisierung, getragen von jungen Wissenschaftler/innen, die ihre fachlichen Qualifikationen nach 1945 erworben und oft längere Zeit im Ausland verbracht

70 Vgl. Kommission für Mundartforschung, Bayerisches Wörterbuch (BWB), 2002, XXII.

71 Vgl. WIESINGER/STEINBACH, *150 Jahre*, 2001, 119-123; WIESINGER, *Schule*, 1976.

72 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 119 (1969), 143-145; AÖAW, Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch, K. 3, Bericht der Kommission zur Schaffung des Österreichisch-Bayerischen Wörterbuches und zur Erforschung unserer Mundarten, 1969.

73 Vgl. HORNING, *Verzeichnis der Dissertationen*, 1967.

74 Vgl. MEISTER, *Vorwort*, 1963, 10-13.

hatten. Sie stützten sich bei ihren Erneuerungsambitionen erfolgreich auf einen „Rückstandsdiskurs“, der in den 1950er Jahren zum Motor deutscher Wissenschaftspolitik geworden war. Zuvor hatte auch die deutsche Sprachforschung ihre kulturkundliche bzw. volkstumswissenschaftliche Ausrichtung, von den politischen Zäsuren von 1933 und 1945 weitgehend unberührt, fortgesetzt.⁷⁵

In Österreich konzentrierten sich Kranzmayer und jüngere Vertreter der Wiener Schule der Dialektologie ab Anfang der 1950er Jahre auf die Erforschung der österreichischen Bauerndialekte und ab Ende der 1950er Jahre erneut auf die deutsche Sprachinselforschung außerhalb der Landesgrenzen. Die Änderung des Namens von „Ostoberdeutscher Sprachatlas“ in *Atlas der Dialekträume in und um Österreich bezogen auf die Bauernmundarten um 1930* erlaubte es Kranzmayer noch Anfang der 1970er Jahre die Veröffentlichung ursprünglich nationalsozialistischer Forschungsergebnisse in Betracht zu ziehen.

15.2 Physische Anthropologie

Als nach Kriegsende der Weltöffentlichkeit die Gräueltaten der NS-Rassen- und Vernichtungspolitik bekannt gemacht wurden, stand auch die Beteiligung der medizinischen Wissenschaften, der Anthropologie und anderer dezidiert mit der Erforschung von „Rassefragen“ befasster Fächer an diesen Gräueltaten unmittelbar zur Debatte, während Aktivitäten anderer Wissenschaften im Sinne nationalsozialistischer Ziele weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit standen. Die Akademie in Wien reagierte darauf unmittelbar mit der Auflösung der Publikationsreihe *Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre* samt der dazugehörigen Kommission in der Sitzung der Gesamtakademie im Juni 1945.⁷⁶ Der Terminus „Rassenkunde“ war trotz der Beteuerungen, die wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie seien stets streng objektiv gewesen, für die Weiterführung dieser Unternehmung zu stark belastet. Mit der Argumentationsfigur einer „Tradition der reinen Forschung“⁷⁷ wurden die Inhalte der Forschung selbst aber davor bewahrt, in politische und moralische Kritik zu geraten. Die in Kapitel 14 dargestellten Unterstützungsleistungen der Akademie für rassenanthropologische Studien an Kriegsgefangenen hingegen kamen ab Kriegsende nicht mehr zur Sprache. Der stellvertretende Leiter der Akademie, Richard Meister, beteuerte 1945, „daß die Tätigkeit der Akademie im letzten Jahre des Krieges nicht minder als in allen vorhergehenden durchaus in ihren traditionellen Bahnen verlaufen ist, das heißt, im Dienste objektiver und unpolitischer

75 Vgl. EHLERS, Der Wille, 2010, 336f.

76 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 22.6.1945 (A 995).

77 Vgl. Eröffnungsansprache des interimistischen Leiters, in: Alm. 95 (1945), 116.



52. Josef Weninger, 1945 WM, 1949 Obmann der Anthropologischen Kommission der ÖAW, in der die rassenkundlichen Forschungen wieder aufgenommen wurden

Forschung und in der Fortführung jener wissenschaftlichen Unternehmungen, die seit Jahrzehnten ihrer Pflege anvertraut sind“.⁷⁸

Diese Argumentation entsprach der in der unmittelbaren Nachkriegszeit weit verbreiteten Strategie der „rhetorisch/moralischen Bereinigung bzw. der Wertneutralisierung“ der Wissenschaft.⁷⁹ Zur Bekräftigung seines Standpunktes thematisierte Meister den Beitrag der Akademie zu dem von ihm selbst als „heikel“ bezeichneten Forschungsbereich Anthropologie. Die Akademie habe zwar, „veranlasst durch die Zeitumstände“, 1942 eine gemeinsame Kommission beider Klassen zur Herausgabe der *Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre* eingerichtet, ihren wissenschaftlichen Charakter aber auch hier streng gewahrt. Der einzige von der Kommission 1942 herausgegebene Band, Robert

Routils Studie *Familienanthropologische Untersuchungen in dem ostschwäbischen Dorfe Marienfeld im rumänischen Banat*,⁸⁰ enthielt nach Meister „rein wissenschaftliche anthropologische, und zwar biometrische Studien“. Daher konnte er beruhigt feststellen, dass „selbst der kritischste Leser [...] keine Spur unwissenschaftlichen Geistes darin finden [würde]“.⁸¹ Als Kronzeugen dieses Plädoyers rief Meister den Anthropologen Josef Weninger (1886–1959, Abb. 52) auf: „Der beste Beweis dafür ist wohl, daß das Material zu diesen Untersuchungen unter der Leitung eines in den Jahren 1938 bis 1945 von seinem Lehramte an der Universität enthobenen Mitgliedes unserer Akademie, das wir heute als neugewähltes wirkliches Mitglied begrüßen dürfen, Professor Dr. Josef Weninger, zusammengebracht wurde.“⁸² Paradox mutet der Umstand an, dass Weninger trotz der Nähe seiner Forschung zum nationalsozialistischen Gedankengut nun zum Aushängeschild einer politisch nicht belasteten Akademie nach 1945 wurde. Die Beurteilung von Weningers wissenschaftlichen Arbeiten als „objektive und unpolitische Forschung“ hält jedoch einem kritischen historischen Blick nicht stand. Vielmehr muss diese Causa als symptomatisch angesehen werden für jene transformierten Kontinuitäten, die die physische Anthropologie der Nachkriegszeit mit der NS-„Rasseforschung“ verbinden.

Seit den Kriegsgefangenenuntersuchungen im Ersten Weltkrieg widmete sich Josef Weninger ausschließlich der physischen Anthropologie nach seinem Lehrer Rudolf Pösch, dessen „Material“ aus den Lagern des Ersten

78 Bericht des Stellvertreters des interimistischen Leiters, in: Alm. 95 (1945), 137.

79 ASH, Wissenschaft und Politik, 2002, 46.

80 ROUTIL, Familienanthropologische Untersuchungen, 1942, siehe Kapitel 12, 107.

81 Bericht des Stellvertreters des interimistischen Leiters, in: Alm. 95 (1945), 137.

82 Ebd., 138.

Weltkriegs er zeit seines Lebens bearbeitete. Paradoxerweise war es ausgerechnet ein vermeintlicher „Rassenunterschied“, der seiner Karriere beinahe ein Ende gesetzt hätte, wurde er doch wegen seiner Ehe mit einer Jüdin 1938 als Professor der Universität Wien entlassen und auch als Akademiemitglied ausgeschlossen. Der Loyalität einiger einflussreicher Fachkollegen an der Akademie hatte er es zu verdanken, dass er seine laufenden Projekte dennoch weiterführen konnte. Josef Weninger übernahm 1945 die Obmannstelle der Pöch-Kommission, der neben ihm Ferdinand Hochstetter, Arnold Durig, Hermann Junker, Paul Kretschmer und Hugo Hassinger angehörten.⁸³ 1946 setzte er die 1940 vom REM bewilligten Arbeiten am Material der Kriegsgefangenenuntersuchungen Pöchs aus den Jahren 1914 bis 1918 fort, und noch im selben Jahr plante er, seine Ergebnisse über das „Kaukasusmaterial“ druckfertig zu machen.⁸⁴ 1951 erschien *Armenier. Ein Beitrag zur Anthropologie der Kaukasusvölker*, 1955 *Die Mingrelie aus dem Kaukasus in ihrer anthropologischen Stellung*.⁸⁵ In seinem Todesjahr 1959 erschien seine letzte Publikation *Anthropologische Beobachtungen an Georgiern (Transkaukasien)*,⁸⁶ die er gemeinsam mit seiner Frau Margarete⁸⁷ verfasst hatte, in der Reihe des Pöch-Nachlasses.

Eine der ersten größeren Subventionen der Gesamtakademie für Druckkosten nach Kriegsende ging an Martin Gusinde (1886–1969), der auch an den von der Akademie geförderten anthropologischen Kriegsgefangenenuntersuchungen teilgenommen hatte.⁸⁸ Er erhielt für die Veröffentlichung seiner Monografie *Urwaldmenschen am Ituri. Anthropobiologische Forschungsergebnisse bei Pygmäen und Negern im östlichen Belgisch-Kongo aus den Jahren 1934–35*⁸⁹ die Summe von 5.000 öS.⁹⁰ Auffällig ist, dass der von Gusinde in früheren Publikationen⁹¹ verwendete und in der deutschsprachigen Anthropologie gängige Terminus „rassenbiologisch“ durch „anthropobiologisch“ ersetzt wurde – offenbar, um den belasteten Rassebegriff nicht zu strapazieren.

Im April 1949 wurde unter der Obmannschaft Weningers die Anthropologische Kommission eingesetzt. Ihr einziger Zweck bestand in der Schaffung von Publikationsmöglichkeiten für anthropologische Arbeiten, die andere Inhalte als den Pöch-Nachlass hatten und deshalb nicht von der Pöch-Kommission herausgegeben werden konnten. Die neue Reihe trug

83 Vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 95 (1945), 100.

84 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 96 (1946), 56.

85 WENINGER, Armenier, 1951; ders., Die Mingrelie, 1955.

86 WENINGER/WENINGER, Anthropologische Beobachtungen, 1959.

87 Margarete Weninger (1896–1987) wurde nach dem Tod ihres Mannes am 26. Juni 1959 in die Kommission für die Pöch-Erbschaft aufgenommen; vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 109 (1959), 152.

88 Vgl. FEICHTINGER, Wissenschaft 2013, 128.

89 GUSINDE, Urwaldmenschen, 1948.

90 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 96 (1946), 56.

91 Vgl. z.B. GUSINDE, Zur Rassenbiologie, 1937; GUSINDE, Die Rassenmerkmale, 1940.

den Titel *Mitteilungen der Anthropologischen Kommission* und wurde von den Kommissionsmitgliedern explizit als Weiterführung der 1945 aufgelassenen Schriftenreihe *Untersuchungen zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre* verstanden.⁹² Die erste geplante Veröffentlichung, eine Arbeit von Weningers Mitarbeiterin Helga Maria Pacher (1922-1971) mit dem sperrigen vorläufigen Titel „Anthropologischer Vergleich zweier mitteleuropäischer Bevölkerungen. Alters- und Geschlechtsunterschiede unter Berücksichtigung aller von der Wiener Schule genommenen Maße und der Komplexion“,⁹³ verdeutlicht, wie sehr der Kommission an der Kontinuität anthropologischer Forschung an der Akademie gelegen war: Der Titel fügte sich einerseits in die traditionelle Wiener Schule der Anthropologie ein und knüpfte andererseits direkt an die in der NS-Zeit entstandene Arbeit Routils an, verglich Pacher doch – wie bereits in ihrer Dissertation⁹⁴ aus dem Jahr 1946 – das Kärntner Dorf St. Jakob im Rosental mit Marienfeld im rumänischen Banat.⁹⁵

1950 beantragte Robert Stigler (1878-1975) den Druck seiner 1944 wegen der Kriegsumstände in der rassenkundlichen Schriftenreihe der Akademie nicht mehr erschienenen Arbeit zu seiner Ugandareise der Jahre 1911/12.⁹⁶ Vor der Zustimmung zum Abdruck in den Denkschriften wurde jeweils ein Gutachten von den wM Arnold Durig und Eduard Pernkopf eingeholt. Beide Gutachten fielen durchwegs kritisch aus und attestierten der Schrift, zum einen keine neuen Ergebnisse zu bringen und zum anderen hinsichtlich der Fragestellung überholt zu sein, habe die Physiologie doch in der Zwischenzeit dargelegt, dass „prinzipielle physiologische Unterschiede zwischen Weißen und Farbigen [...] nicht bestehen“.⁹⁷ Damit die Arbeit dennoch abgedruckt werden konnte, verlangten die Gutachter eine starke Kürzung des Textes, insbesondere des Reiseberichts sowie der „vulgär übertriebenen“ sexualphysiologischen, soziologischen und psychologischen Abschnitte.⁹⁸ In die neue Publikationsreihe der Anthropologischen Kommission wollte man die Arbeit Stiglers offensichtlich nicht aufnehmen, teilte ihm Akademiepräsident Heinrich Ficker doch mit, dass der Abdruck in vollem Umfang

92 Vgl. AÖAW, Anthropologische Kommission, Antrag auf Errichtung einer neuen Schriftenreihe, vorgelegt in der Gesamtsitzung am 9.12.1949. In einem vom Weninger als Kommissionsobmann unterzeichneten Bericht [verm. 1951] heißt es: „Die am 29. April 1949 eingesetzte Anthropologische Kommission wird die 1942 erstmals von der Akademie der Wissenschaften unter dem Titel ‚Untersuchungen zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre‘ gegründete und mit nur einem Heft erschienene Publikationsserie jetzt als ‚Mitteilungen der Anthropologischen Kommission‘ weiterführen.“ AÖAW, Anthropologische Kommission, [Bericht] Anthropologische Kommission, undat. [verm. 1951].

93 Erschienen als: PACHER, Anthropometrischer Vergleich, 1952.

94 PACHER, Biometrischer Vergleich, 1946.

95 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 101 (1951), 249; Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 102 (1952), 225f.

96 Vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 1160/1950, Robert Stigler an die Österreichische Akademie der Wissenschaften, 23.6.1950.

97 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 1896/50 bei 1160/50, Arnold Durig an die ÖAW, 4.12.1950.

98 Vgl. ebd.; AÖAW, Allg. Akten, Nr. 159/51 bei 1160/50, Eduard Pernkopf an die ÖAW, 13.1.1951.

schon allein deshalb nicht möglich sei, weil die ursprüngliche Schriftenreihe 1945 aufgelassen worden war.⁹⁹ Stigler ließ sich auf die verlangten Kürzungen ein; seine Abhandlung erschien 1952 als *Rassenphysiologische Ergebnisse meiner Forschungsreise in Uganda 1911/12*¹⁰⁰ im Umfang von 44 Druckseiten in den Denkschriften der math.-nat. Klasse der Akademie.¹⁰¹

Nach der Veröffentlichung von Pachters Arbeit blieben in der Schriftenreihe der Kommission für Anthropologie, die insgesamt kaum aktiv war, weitere Publikationen während der folgenden Jahre aus. Erst 1959 ergriff Josef Wastl die Initiative, indem er die Veröffentlichung eines Berichts über das im Naturhistorischen Museum (NHM) lagernde noch unbearbeitete anthropologische Material der Kriegsgefangenenuntersuchungen des Jahres 1941 beantragte. Die Anthropologische Kommission erwog sowohl die Veröffentlichung von Wastls Bericht als auch die Aufnahme der Bearbeitung des Materials im Naturhistorischen Museum Wien durch einen „entsprechenden Mitarbeiterstab“. Zuvor müsse man jedoch, wie das Kommissionsmitglied Richard Pittioni einräumte,

die Frage [...] klären, ob nicht aus der Veröffentlichung der Aufnahmen außenpolitische Probleme entstehen könnten, da doch damit zu rechnen ist, daß sich unter den damals freiwillig untersuchten Personen noch solche befinden, die jetzt am Leben sind und nach Kenntnisnahme der Veröffentlichung irgendwelche Schritte gegen die Akademie unternehmen könnten. Eine Beratung durch einen Vertreter des Völkerrechtes wäre hier notwendig.¹⁰²

Wastl meinte in einem Schreiben, das er gemeinsam mit dem Bürstenabzug seines druckfertigen Berichts „Konstitutions- und rassenanthropologische Untersuchung an eurafrikanischen, europäischen und asiatischen Völkern“¹⁰³ an Pittioni schickte: „Ich denke durch einige Weglassungen und Änderungen den Bericht so formulieren zu können, dass er keinen Anstoß erregen kann.“¹⁰⁴ Nach einigen Monaten bat der Kommissionsobmann Fritz Knoll – der zugleich Generalsekretär der Akademie war – auch den Völkerrechtler Alfred Verdross um eine Stellungnahme zum Manuskript.¹⁰⁵ Das Werk ging letztlich nie in Druck, die Gründe lassen sich aus den eingesehenen Akten nicht erschließen.

99 Vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 1160/50, Heinrich Ficker an Robert Stigler, 29.1.1951.

100 STIGLER, *Rassenphysiologische Ergebnisse*, 1952.

101 Vgl. FEICHTINGER, *Wissenschaft* 2013, 131.

102 Vgl. AÖAW, Anthropologische Kommission, Bericht über den Stand der Arbeiten in der Anthropologischen Kommission, undat. [Mai 1959].

103 AÖAW, Anthropologische Kommission, Bürstenabzug von: Josef Wastl: Konstitutions- und rassenanthropologische Untersuchung an eurafrikanischen, europäischen und asiatischen Völkern. Bericht über die Studienkommission der Anthropologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums in Wien, o.J. [1959].

104 AÖAW, Anthropologische Kommission, Josef Wastl an Richard Pittioni, 15.5.1959.

105 Vgl. AÖAW, Anthropologische Kommission, Fritz Knoll an Alfred Verdross, 28.12.1959.

53. Tisch der Anthropologischen Kommission bei der ÖAW-Ausstellung zur österreichischen Kulturwoche 1950; ausgestellt waren u. a. eine von Pösch fotografierte Tonaufnahme in Neu-Guinea, Publikationen aus Pöschs Sammlungen, Gipsabgüsse, ein Totenschädel und ein Foto von Pöschs Kalahari-Expedition 1908/09 „zum Zwergvolk der Buschmänner“



Die Akademie war nach 1945 nicht bereit, nachhaltig auf die Förderung von Arbeiten zu verzichten, die sich der Erforschung der Unterschiede von „Rassen“ widmeten. Im Gegenteil - ihre Mitglieder waren sehr darauf bedacht, den Pösch-Nachlass in dieser Hinsicht weiterhin zu bearbeiten und zu publizieren (Abb. 53). Das wichtigste Argument war die ideologische Neutralität der Wissenschaft. Dass anthropologische Forschungen in Österreich bereits vor dem „Anschluss“ 1938 sehr nahe an der nationalsozialistischen Rassenideologie angesiedelt gewesen waren und mitunter der späteren Verreibungs- und Vernichtungspolitik zugearbeitet hatten, stand an der Akademie nicht zur Debatte. Lediglich auf einer sprachlichen Ebene kam es zu einem Bruch - man bemühte sich, die negative Konnotation des Begriffs „Rasse“ zu neutralisieren, ohne aber die Verwendung des Begriffs selbst vollständig aufzugeben.

15.3 Raum- und Südostforschung

Die geografische Raumforschung war eine in der NS-Zeit etablierte Wissenschaftsdisziplin. In Österreich wurde sie ab 1938 durch Arbeitsgemeinschaften an den Hochschulen gepflegt. In Wien lag ihr Schwerpunkt auf dem sogenannten Südostraum und ab Anfang der 1940er Jahre auf der sogenannten Ostmarkforschung mit besonderem Fokus auf Wien.¹⁰⁶ 1945 stand die Raum- und Südostforschung vor der Herausforderung, sich neu aufstellen und institutionalisieren zu müssen. Als institutionelles Auffangbecken bewährte sich bald die Akademie der Wissenschaften. In diesem Kapitel wird gezeigt, wie es ihrem Hauptvertreter Hugo Hassinger (1931 kM I, 1934 wM, Abb. 54) gelang, die Raum- und Südostforschung unter veränderten Voraussetzungen in Form zweier Akademiekommissionen „in die Nachkriegszeit herüberzueretten“,¹⁰⁷ was diese leisteten und wie sie dazu beitrugen, die Akademie zu erneuern: 1946 wurde die Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau eingesetzt, 1947 die Österreichische Forschungsgemeinschaft für den Südosten an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; bei Letzterer handelte es sich um eine neuartige Organisationsform.



54. Hugo Hassinger, Geograf und Raumforscher, 1934 wM, Obmann der 1946 eingesetzten Akademiekommission für Raumforschung und Wiederaufbau

15.3.1 Die neue Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau

Mit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurden die in der NS-Zeit tätigen Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung an den Hochschulen, die Zweigstellen der Reichsarbeitsgemeinschaft in Berlin gewesen waren, aufgelöst. Viele der in diesen Forschungsfeldern tätigen Wissenschaftler verloren als ehemalige NSDAP-Mitglieder ihre Anstellungen. Im Amt blieb allerdings die Zentralfigur Hugo Hassinger (1877-1952), der trotz seiner nationalsozialistischen Gesinnung nicht der Partei beigetreten und daher auch nicht registrierungspflichtig war.¹⁰⁸ Dieser institutionelle und personelle Bruch bedeutete aber lediglich eine kurze Unterbrechung, bevor sich ab 1946 die Akademie der Wissenschaften selbst der Agenden der Raum- und Südostforschung annahm.

Am 17. Mai 1946 setzte die Akademie auf Anregung von wM Hugo Hassinger die Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau ein.¹⁰⁹ Hassinger hatte in seinem Vortrag in der Gesamtsitzung argumentiert, dass Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung während der Zeit des National-

¹⁰⁶ Siehe Kapitel 12, 97.

¹⁰⁷ Nachruf auf Hugo Hassinger, in: Alm. 102 (1952), 287.

¹⁰⁸ Vgl. SVATEK, Die Institutionalisierung, 2009, 236.

¹⁰⁹ Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 17.5.1946 (A 1002).

sozialismus nicht nur „auf Wunsch der 1939 geschaffenen Planungsbehörden“, sondern auch „aus eigener Initiative“ durchgeführt wurden, und angemahnt, dass „ein Großteil dieser Arbeiten [...] auch nach Liquidierung der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung im Interesse Österreichs fortgesetzt werden“ müsse.¹¹⁰ Die Raumforschungskommission umfasste von Anfang an nicht nur Akademiemitglieder beider Klassen, sondern auch Delegierte verschiedener Hochschulen, der Gemeinde Wien und des Ministeriums für Handel und Wiederaufbau. In den nächsten Jahren wurde sie um Vertreter weiterer Ministerien (Unterricht, Finanzen, Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Energiewirtschaft, Land- und Forstwirtschaft) erweitert. Vorbild für diese Organisationsform war die am 3. August 1945 eingesetzte Verbandskommission österreichischer Wissenschaft.¹¹¹

Mit der Raumforschungskommission stellte Hassinger der Akademie einen attraktiven Mehrwert in Aussicht: „Als Organisation einer auf das Ziel des Gemeinschaftswohles gerichteten Gemeinschaftsarbeit könnte die Akademie ihre Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit für Staat und Volk unter Beweis stellen und das Vorurteil beseitigen, daß sie eine veraltete Organisation sei.“¹¹² Dieses „Vorurteil“ wurde dadurch entkräftet, dass erstmals in eine Akademiekommission mit Forschungsauftrag Vertreter staatlicher und kommunaler Verwaltungsbehörden kooptiert wurden, um durch Zusammenarbeit nicht nur „den Wiederaufbau Österreichs, sondern auch [...] die spätere Entwicklung des Siedlungswesens, der Wirtschaft und des Verkehrs“ zu steuern.¹¹³ Die Raumforschungskommission verstand sich als „Mittelstelle zwischen Theorie und Praxis“, zwischen wissenschaftlicher Raumforschung und behördlicher Raumplanung.¹¹⁴ Ihre Nützlichkeit für Land und Leute sollte sie durch ihre dezidiert angewandten Forschungsleistungen in den folgenden Jahren unter Beweis stellen. In seinem Festvortrag 1947 anlässlich der Hundertjahrfeier der Akademie legitimierte Richard Meister die Neuausrichtung der Akademie durch die Aufnahme nichtakademischer Institutionen in eine Akademiekommission mit dem Argument, dass die ÖAW durch ihre Raumforschungskommission jene Körperschaften koordiniere, „denen der künftige Wiederaufbau Österreichs obliegt“.¹¹⁵

15.3.2 Brüche und Kontinuitäten

Die ab 1946 an der Akademie der Wissenschaften institutionalisierte Raumforschung unterschied sich deutlich von der in der Zeit des Nationalsozialis-

110 Vgl. HASSINGER, Raumforschung, 1946, 136f.

111 Siehe Kapitel 13, 151.

112 Vgl. HASSINGER, Raumforschung, 132.

113 AÖAW, Raumforschung, K. 1, Entwurf einer Einladung zur konstituierenden Sitzung der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau, 22.5.1946.

114 AÖAW, Raumforschung, K. 1, Protokoll der Sitzung der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau v. 7.2.1947.

115 Festvortrag des Vizepräsidenten, Jahrhundertfeier 1947, in: Alm. 97 (1947), 214.

mus an den Hochschulen durchgeführten Raumforschung. Zugleich sind aber auch Kontinuitäten unübersehbar. Der gravierendste Einschnitt war der Wegfall der Südostforschung, bedingt durch die neue politische Ordnung der südosteuropäischen Staaten nach 1945. Für die Raumforschungskommission der Akademie ging damit eine Beschränkung ihrer Tätigkeit ausschließlich auf Österreich einher. Im Rückblick kommentierte Hassinger diese Neuausrichtung wie folgt: „Der erschütternde Umbruch Mitteleuropas lenkte auch die Bewegung der Raumforschung in neue Bahnen und beschränkte sie auf das kleine Österreich.“¹¹⁶

Der Abschied der Raumforschung von der Südostforschung verlief allerdings zaghaft und auf Raten, war Südosteuropa doch weiterhin ein Aspekt in mehreren wieder aufgenommenen Arbeiten. In der Raumforschungskommission definierten 1946 die Mitglieder „Wasserwirtschafts- und Verkehrsfragen der Donau, des Wiener Hafens und der mit der Donau verbundenen Schifffahrtskanäle“ noch als eine vordringliche Arbeitsaufgabe, und Hassinger veröffentlichte im selben Jahr den Aufsatz „Österreich im mitteleuropäischen Wasserstraßennetz“,¹¹⁷ dessen Ausbau er zum Zweck der verbesserten Anbindung Südosteuropas an das Deutsche Reich schon in der NS-Zeit vehement gefordert hatte. Mit der Ausgliederung des Donauraumes aus der Raumforschung war auch die in der NS-Zeit in Wien geleistete wissenschaftliche Vorarbeit für die sogenannte Volksraumplanung hinfällig geworden. Doch behielt die Akademie ihr Forschungsinteresse am Donauraum auch nach 1945 bei, allerdings unter veränderter Perspektive: Sie deutete dabei den nationalsozialistischen Planungs- und wirtschaftlichen „Ergänzungsraum“¹¹⁸ Südosteuropa in der Republik zum wirtschaftlichen Beziehungsraum um.

Die Kontinuitäten im Bereich Raumforschung aus der Zeit des Nationalsozialismus sind weitgehend struktureller und nicht personeller Art. Dass Hassinger blieb, wurde bereits erwähnt. Die ehemaligen Nationalsozialisten konnten vorerst nicht in der Raumforschungskommission der Akademie tätig werden. Wie bereits zwischen 1938 und 1945 organisierte Hassinger die Raumforschung zentralistisch. Statt Berlin war nun Wien das Zentrum, die Akademiekommision die Schaltzentrale. Von hier aus wurden Experten an den jeweiligen spezialisierten Instituten mit einzelnen Forschungsarbeiten beauftragt. Im Unterschied zur NS-Zeit waren nunmehr die Ansprechpart-

116 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Hugo Hassinger (Vortrags-Ms.), Raumforschung und Raumordnung in Österreich [1950].

117 AÖAW, Raumforschung, K. 1, Protokoll der Sitzung der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau v. 7.2.1947; HASSINGER, Österreich, 1946.

118 HASSINGER, Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 1941, 93; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 27, Hugo Hassinger (Ms.), Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen und die Geographische Gesellschaft zu Wien. Aus dem Protokoll der Tagung deutscher Wissenschaftlicher Ost- und Südostinstitute in Breslau am 25. bis 27. Sept. 1941.

Hauptreferat Univ.Prof.Dr. Hugo Hassinger :

Notwendigkeit, Ziel und Zweck einer neuzeitlichen Landesplanung
in Österreich.

Ein zweites Vorurteil : Nach den Erlebnissen, die wir im letzten Jahrzehnt gehabt haben und den organisatorischen Einrichtungen dieser Zeit, unter denen sich auch eine Reichsstelle für Raumordnung und eine Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung befanden, könnte der Eindruck entstehen- und ich habe auch solche Äußerungen schon gehört -, daß diese Sache eigentlich sozusagen eine nazistische Angelegenheit sei. Wir wissen jedoch alle, daß - wie wir heute auch schon gehört haben - in England, in Rußland, aber auch in der kleinen Schweiz und in vielen anderen Staaten diese Frage vollkommen unabhängig von jeder politischen Einstellung betrachtet wird, wenn auch zugegeben ist, daß natürlich die durch ein politisches Programm erzeugte Wirtschaftsgesinnung auf gewisse Einzelheiten der Planung Einfluß nehmen kann. Im übrigen aber ist das eine Sache, die sich aus jeder parteimäßigen Weltanschauung hoch heraushebt und nur der Allgemeinheit und der Zweckmäßigkeit dient. Mit politischer Einstellung also hat Raumplanung gar nichts zu tun.

55. Hassinger verteidigt die Raumforschung gegen das „Vorurteil“, Raumforschung und Raumplanung seien „eine nazistische Angelegenheit“, Auszug aus einem Vortragsmanuskript vom Oktober 1947

ner in der politischen Verwaltung direkt in die zentrale Organisation an der Akademie eingebunden. Dieser zentralisierte Zugang zeigt sich auch in dem Versuch Hassingers, ein Raumplanungsgesetz für ganz Österreich auf den Weg zu bringen,¹¹⁹ letztlich aber ohne Erfolg.

Nach Hassingers Einschätzung eilte der Raumforschung in der Nachkriegszeit der Ruf voraus, sie sei „eine nazistische Angelegenheit“ (Abb. 55).¹²⁰ Da Hassinger darauf bedacht war, die Raumforschung in der Nachkriegszeit weiterhin zu betreiben und dafür Aufträge der öffentlichen Hand, vor allem der Gemeinde Wien, benötigte, war er darum bemüht, diesen Ruf als „Vorurteil“ zu entkräften: Raumforschung und Raumplanung seien „eine Sache, die sich aus jeder parteimäßigen Weltanschauung hoch heraushebt und nur der Allgemeinheit und der Zweckmäßigkeit dient. Mit politischer Einstellung also hat Raumplanung gar nichts zu tun.“¹²¹ Dass es sich hierbei um eine Schutzbehauptung handelte, liegt auf der Hand, war doch die richtige „parteimäßige Weltanschauung“ und „politische Einstellung“ wohl nicht von der bereitwilligen Mitwirkung an raumplanerischen Maßnahmen der NS-Diktatur - wie etwa der Umvolkung, durch die Hassinger zusätzliche Forschungsgelder lukriert und sein Forschungsfeld in der NS-Zeit profiliert hatte - zu

119 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 13, Präambel zum österreichischen Raumplanungsgesetz. 2. Entwurf, 25.1.1948.

120 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 27, Hugo Hassinger (Vortrags-Ms.), Notwendigkeit, Ziel und Zweck einer neuzeitlichen Landesplanung in Österreich, gehalten als Hauptreferat auf der Ersten Tagung österreichischer Landesplaner im Wiener Rathaus, 18.-19.10.1947.

121 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 27, Hugo Hassinger (Vortrags-Ms.), Notwendigkeit, Ziel und Zweck einer neuzeitlichen Landesplanung in Österreich, gehalten als Hauptreferat auf der Ersten Tagung österreichischer Landesplaner im Wiener Rathaus, 18.-19.10.1947.

trennen.¹²² Wie Hassinger seine NS-Projekte der neuen politischen Situation anpasste, um sie nach 1945 in transformierter Kontinuität weiterzuführen, wird im Folgenden ausgeführt.

15.3.2.1 Kontinuität I: Wegweiser

Die „Bibliographie der in Wien vorhandenen Hilfsmittel der Raumforschung“ war ein Projekt, das Hugo Hassinger 1940 im Auftrag der Reichsarbeitsgemeinschaft (RAG) mit Sitz in Berlin startete und das 1942 mit der Veröffentlichung des *Wegweisers zu den in Wien vorhandenen Hilfsmitteln für die Raumforschung in den Gebieten der Ostmark, der Sudetenländer und im Südostraum* seinen vorläufigen Abschluss fand. Dieses Projekt griff er 1946 in der Akademiekommision für Raumforschung und Wiederaufbau sofort wieder auf und adaptierte es an die neuen politischen Verhältnisse, weil die 1942 erschienene Publikation, die einen eindeutigen NS-Bezug aufwies, unbrauchbar geworden war.

Mit dem *Wegweiser* hatte Hassinger bezweckt, Wien zum Zentrum der Südostforschung des Dritten Reichs auszubauen. Den Nachweis, „herauszustellen, was Wien ist und was Wien für die Erforschung des gesamten Südostraumes leisten könnte“,¹²³ versuchte er gleichzeitig mit Aufsätzen, Denkschriften und dem von der Reichsarbeitsgemeinschaft geförderten *Wegweiser* zu führen. Mit der darin enthaltenen Auflistung der in Wien ansässigen Behörden, Ämter, Institute, Archive, Bibliotheken und Museen mit Südosteuropabezug auf rund 100 Seiten wollte er den Zentralstellen in Berlin zeigen, dass Wien das einzige logische Zentrum einer „vereinheitlichten Südostforschung und Südostplanung“ war.¹²⁴ Daher waren darin nicht nur ungedruckte Archivquellen, Karten, Pläne, Gutachten, Manuskripte und „landeskundliches Urmaterial“ über die Ostmark, sondern auch über die Sudetenländer und den Südostraum verzeichnet.¹²⁵

Bereits in der konstituierenden Sitzung der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau am 31. Mai 1946 kündigte Hassinger die „Erneuerung des Wegweisers für Raumforschung über das in Wien vorhandene Material und Ergänzung desselben für ganz Österreich“ an.¹²⁶ Der 1942 erschienene *Wegweiser* war wegen der darin aufgelisteten und mittlerweile

122 Siehe Kapitel 12, 101.

123 HASSINGER, Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 1941, 95; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 27, Hugo Hassinger (Ms.), Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen und die Geographische Gesellschaft zu Wien. Aus dem Protokoll der Tagung deutscher Wissenschaftlicher Ost- und Südostinstitute in Breslau am 25. bis 27. Sept. 1941.

124 Vgl. HASSINGER, Wiens deutsche Sendung, 1942, 12; ursprünglich erschienen als: HASSINGER, Wiens deutsche Sendung, 1941.

125 Vgl. Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien, *Wegweiser*, 1942. Vorwort.

126 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 17, Protokoll der Konstituierenden Sitzung der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau v. 31.5.1946.

aufgelösten NS-Behörden „wertlos“ geworden.¹²⁷ Auch der neue *Wegweiser* sollte den „ganzen Donauraum und Südosteuropa, diese besonderen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessensgebiete Österreichs“ inkludieren, vorderhand aber die Institutionen der „Landes- und Volksforschung“ in Österreich aufzählen.¹²⁸ Der *Wegweiser* von 1942 hatte allein die in Wien vorhandenen Südosteuropaforschungs-Hilfsmittel dokumentiert. Daher kamen die Landeshauptstädte darin nicht vor. 1948 stellte Hassinger einen Antrag auf Drucklegung des „Wegweisers für die Landes- und Volksforschung (Raumforschung) in Österreich und in seinen Nachbargebieten“.¹²⁹ Der neue *Wegweiser für Landes- und Volksforschung in Österreich* erschien schließlich 1950 unter einem modifizierten Titel, nunmehr mit den aufgelisteten Institutionen und deren Beständen in den Landeshauptstädten, allerdings ohne jedwede Bezugnahme auf „Nachbargebiete“ im Südosten.¹³⁰

15.3.2.2 Kontinuität 2: Der Niederösterreich-Atlas

Nach der Gründung der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau nahm Hugo Hassinger die Arbeit an einem zweiten umbenannten nationalsozialistischen Projekt unter der Schirmherrschaft der Akademie auf. Der 1940 von Gauleiter Hugo Jury in Auftrag gegebene Gau-Atlas Niederdonau, der vor 1945 nicht mehr gedruckt werden konnte, wurde ab 1946 zu einem der wichtigsten Projekte der Raumforschungskommission der Akademie. Der Atlas von Niederösterreich war 1947 „nach der Art des Burgenlandatlases“¹³¹ geplant, der im Kontext der nationalsozialistischen Grenzlandforschung erarbeitet worden war.¹³² Auch im Projekt Gau-Atlas Niederdonau waren neben Wien „Teile des südlichen Mitteleuropas jenseits der Reichsgrenze mitbehandelt“ worden.¹³³ Ebenso wie mit dem Burgenlandatlas hatte Hassinger mit dem Gau-Atlas Niederdonau das Ziel verfolgt, dass dieser „für die Bedürfnisse der Planung verwendungsfähig sei“, ¹³⁴ nämlich für die Raumplanung des „deutschen Lebensraumes im Sinne des Dritten Reiches“. ¹³⁵ Ab 1941 war das Großprojekt von verschiedenen Arbeits-

127 AÖAW, Raumforschung, K. 1, Entwurf Vorwort Wegweiser [Hugo Hassinger, undat.].

128 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 17, Entwurf einer Satzung für die Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 16.10.[1946].

129 AÖAW, Raumforschung, K. 1, Hugo Hassinger an das Präsidium der ÖAW, 11.11.1948.

130 Vgl. HASSINGER, Wegweiser, 1950.

131 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 97 (1947), 226.

132 Siehe Kapitel 12, 96.

133 HASSINGER, Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 1941, 93; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 27, Hugo Hassinger (Ms.), Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen und die Geographische Gesellschaft zu Wien. Aus dem Protokoll der Tagung deutscher Wissenschaftlicher Ost- und Südostinstitute in Breslau am 25. bis 27. Sept. 1941.

134 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, [Hugo Hassinger] an Anton Becker, 17.6.1946.

135 Niederösterreichisches Landesarchiv, G. H. 8 1941, Fritz Bodo und Hugo Hassinger über den Gau-Atlas Niederdonau - wissenschaftliche Grundlagen und Zielsetzungen, 17.1.1941, zit. n. SVATEK, Hugo Hassinger, 2019, 148f.

gruppen in Angriff genommen worden, sodass vor Kriegsende zahlreiche unveröffentlichte Karten vorlagen, u. a. eine Siedlungskarte der römischen Periode, die von der Limeskommission der Akademie der Wissenschaften erstellt worden war.¹³⁶ Als sich im Jahr 1946 der Verbleib des Kartenmaterials des Gau-Atlas Niederdonau geklärt hatte – es befand sich am Geographischen Institut der Universität Wien sowie im niederösterreichischen Reichenau¹³⁷ –, nahm Hassinger noch im selben Jahr die „Betreuung“, ab 1947 die „Herausgabe eines Atlases von Niederösterreich“¹³⁸ in das Arbeitsprogramm der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau auf. In einem Schreiben eines am Gau-Atlas Mitwirkenden an Hassinger heißt es: „So geht die Arbeit doch nicht verloren.“¹³⁹ Er war zuversichtlich, dass sich die schon gestochenen Druckplatten des Gau-Atlas Niederdonau „auf die heutigen Grenzen richtigstellen“ ließen.

Die erste Lieferung des *Atlas von Niederösterreich* erschien 1951. 1959 wurde der Atlas feierlich an das Land Niederösterreich übergeben. Der Festredner wM Josef Keil, Obmann der Subkommission für den Atlas von Niederösterreich und Generalsekretär der Akademie, bemühte sich, mit folgenden – sachlich unzutreffenden – Worten Distanz zum Gau-Atlas Niederdonau herzustellen: „Aber das reiche von Hassinger und einem Stabe von Mitarbeitern damals nach einer großzügigen Planung zusammengebrachte und verarbeitete Material ist in den Wirren nach dem zweiten Weltkrieg zum allergrößten Teil verloren gegangen oder vernichtet worden.“¹⁴⁰

15.3.2.3 Kontinuität 3: Raumwissenschaftliche Wien-Forschung

Die raumwissenschaftliche Wien-Forschung hatte in der NS-Zeit zwei Ausrichtungen: eine, die sich auf die Zentralfunktion Wiens für Südosteuropa und eine, die sich auf die Gauhauptstadt bezog. Wie Hassinger 1950 einräumte, hatte er das von ihm geforderte „Primat der südöstlichen Raumforschungsarbeit [...] für Wien“ in der NS-Zeit nicht erreicht.¹⁴¹ Trotz seiner intensiv vorangetriebenen Südostforschung war Wien „eine Gauhauptstadt unter vielen und ohne wesentlichen Einfluss auf die Ordnung im Donauraum“ geblieben.¹⁴² Die Neuordnung Europas hatte eine auf politische Zwecke ausgerichtete Raumforschung in Südosteuropa nach 1945 ohnehin hin-

136 Vgl. Bericht des Sekretärs der phil.-hist. Klasse, in: Alm. 92 (1942), 239.

137 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, [Hugo Hassinger] an Anton Becker, 17.6.1946.

138 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 17, Protokoll der Sitzung der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau v. 31.9.1946; Protokoll der Sitzung der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau v. 7.2.1947.

139 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, [Unleserlich] an Hugo Hassinger, 15.7.1946.

140 AÖAW, Raumforschung, K. 1, Feierliche Übergabe des Atlas von N.Ö. an das Land Niederösterreich am 23. Juni 1959.

141 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 26, Hugo Hassinger (Vortrags-Ms.), Raumforschung und Raumordnung in Österreich [1950].

142 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 26, Hugo Hassinger (Vortrags-Ms.), Raumforschung und Raumordnung in Österreich [1950].

fällig gemacht. Trotzdem setzte Hassinger sich für die Erhaltung der Südostforschung an der ÖAW ein, wie weiter unten gezeigt wird.

Was die auf Wien bezogene Raumforschung betraf, so wurden einzelne in der Zeit des Nationalsozialismus durch Reichsstellen geförderte Projekte von der 1946 gegründeten Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau übernommen und erfolgreich dem Bedarf der neuen Stadtverwaltung an raumwissenschaftlicher Expertise für den Wiederaufbau Wiens angepasst. Einen Fokus hatte Hassinger schon in der NS-Zeit auf die Bewahrung des Natur- und Kulturerbes von Wien gelegt. Im Jahr 1941 hatte er auf Wunsch des Reichsarchitekten Hanns Dustmann eine „Denkschrift über das kulturelle Erbe Wiens als Grundlage seiner Neugestaltung“ erarbeitet¹⁴³ und darin das Programm formuliert, das für seine Wien bezogene Tätigkeit nach 1945 bestimmend werden sollte. Das zentrale Ziel war die „Analyse des Wiener Stadtbildes“ mit „einem Verzeichnis aller erhaltenswerten Natur- und Kunstdenkmale, die auch kartographisch dargestellt werden, um die Lösung städtebaulicher Aufgaben in Wien unter Schonung seines alten Kulturbesitzes und seiner Landschaft durchführen zu können“.¹⁴⁴ Als Darstellungsform war eine Art Kulturatlas geplant, wie er schon durch den *Kunsthistorischen Atlas Wiens* (1916) vorkonzipiert war. In seiner Denkschrift über das landschaftliche und kulturelle Erbe Wiens (1942) war Hassinger für den gesetzlichen Schutz des kreisförmig um Wien liegenden „Grüngürtels als Erholungsraum“ durch die „nationalsozialistische Gesetzgebung“ und abermals für eine „kartographische Darstellung der Schon- und Pflegebezirke im Rahmen eines Kulturatlases der Stadt“ eingetreten.¹⁴⁵ Dieses Anliegen konnte in der NS-Zeit aber nicht mehr umgesetzt werden. Erst im Rahmen der ÖAW-Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau griff die Wiener Stadtverwaltung Hassingers Vorstellungen wieder auf und „zog daraus Nutzenanwendung“ in zweierlei Hinsicht: „für die pflegliche Behandlung des alten Baugutes“ und für die weniger pflegliche „Behandlung der wilden Siedlungen, die nach den beiden Weltkriegen im Raume des heutigen Wald- und Wiesengürtels Wiens, dessen Erhaltung für immerwährende Zeiten bereits beschlossen war, aufgeschossen waren“.¹⁴⁶ Im Zusammenhang mit dem Erhalt des kulturellen und landschaftlichen Erbes Wiens übernahm Hassinger im Auftrag des Wiener Stadtbauamts in der ÖAW-Raumforschungskommission eine Reihe von Arbeiten. Im Dezember 1946 ersuchte die Stadt Wien die Akademiekommision, statistische Unterlagen als Grundlage für die Ausarbeitung eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungs-

143 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 19, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien über das Jahr 1940/41, April 1941.

144 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Bericht über die Arbeiten, Pläne und Organisation der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen, 1.11.1940.

145 HASSINGER, Landschaftliches und kulturelles Erbe, 1942, 730, 735.

146 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 26, Hugo Hassinger (Vortrags-Ms.), Raumforschung und Raumordnung in Österreich [1950].

plans für Wien auszuarbeiten und grafisch darzustellen. 1947 fertigte die ÖAW-Raumforschungskommission zunächst neue Karten der Stadt auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung für Wien aus dem Jahr 1939 an.¹⁴⁷ Ab diesem Jahr entschied die ÖAW durch die Übernahme von öffentlichen Aufträgen des Magistrats auch über das künftige Stadtbild von Wien mit. Sie überprüfte den Altbaubestand, gab nach zuvor erarbeiteten Richtlinien Empfehlungen dazu ab, was erhaltenswert und was umbauwürdig war, und erstellte Vorschriften für Bauvorhaben am Altbaubestand.¹⁴⁸

Ab 1947 fertigte die Raumforschungskommission für das Stadtbauamt „Pläne und Karteien der Stockwerkhöhen und des Altersaufbaues des Wiener Gebäudebestandes [...] und Pläne der unter Denkmalschutz und Baupflege zu stellenden Gebäude bzw. Stadtteile mit zugehörigen Protokollen“ an.¹⁴⁹ Auch war sie aktiv an der Errichtung sogenannter Schutz- und Warnzonen beteiligt. Um- und Neubauten bedurften der „denkmalpflegerischen Beratung und Genehmigung“, der Ausbau unregelmäßig verbauter Areale sollte geplant werden.¹⁵⁰

Ab 1947 behandelte die ÖAW-Kommission in städtischem Auftrag auch das „Problem der Randsiedlungen (wilde Siedlungen, Schrebergärten, Grabeland)“.¹⁵¹ Hassinger, der auf der Ersten Tagung der Landesplaner in Wien 1947 „eine Entrümpelung des Stadtrandes“¹⁵² vorschlug, legte im gleichen Jahr dem Planungsbüro der Stadt Wien (MA 18) ein Arbeitsprogramm betreffend die in Auftrag gegebene Studie zu den wilden Siedlungen vor. Es beinhaltete u. a. eine vollständige Erhebung, Auswertung und Kartierung der „wilden Siedlungen“ am Stadtrand, deren verkehrs- und versorgungsmäßige Aufschließung sowie die Erhebung ihrer Bevölkerungszusammensetzung nach Familienstand, Alter, Berufszugehörigkeit und sozialer Stellung. Für diese Arbeiten wurden von der ÖAW Kosten von 20.000 öS veranschlagt.¹⁵³ Für in den Jahren 1947/48 verrichtete Arbeiten erhielt die Raumforschungskommission insgesamt 47.000 öS. Die Akademie selbst hat-

147 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 17, Magistratsabteilung 18 der Gemeinde Wien an Hugo Hassinger, 3.12.1946; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 26, Hugo Hassinger, Raumforschung und Raumordnung in Österreich [Vortrags-Ms., 1950].

148 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 97 (1947), 124-127; Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 98 (1948), 168; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 26, Hugo Hassinger, Bemerkungen über die denkmalwürdigen Gebäude und Schutzzonen des VII. und VIII. Bezirkes, undat.; Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 99 (1949), 193-196.

149 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 99 (1949), 195.

150 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 17, Richtlinien für Bauvorhaben an erhaltungswürdigen Häusern [undat., vermutlich 1948].

151 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 99 (1949), 195.

152 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 27, Hugo Hassinger (Vortrags-Ms.), Notwendigkeit, Ziel und Zweck einer neuzeitlichen Landesplanung in Österreich, gehalten als Hauptreferat auf der Ersten Tagung österreichischer Landesplaner, 18.-19.10.1947.

153 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 17, Hugo Hassinger an Magistratsabteilung 18 der Gemeinde Wien, 24.3.1948.

te der Kommission 3.200 öS zur Verwendung überlassen; das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung hatte der Raumforschungskommission für 1948 ein Budget von 37.000 öS zugesagt.¹⁵⁴ Ende der 1940er Jahre hatte Hassinger somit sein wichtiges Ziel, das in der Zeit des Nationalsozialismus „noch unausgeführt bleiben musste“, erreicht, nämlich, dass „die verantwortlichen Stadtgestalter“ das landschaftliche und kulturelle Erbe Wiens „durch Analysen der Siedlungsbilder“ bei seiner Neugestaltung verpflichtend berücksichtigten.¹⁵⁵ 1949 hieß es in einem Memorandum der Stadtbauamtsdirektion Wien, dass die von der „Kommission für Raumforschung der Akademie der Wissenschaften [... vorgelegte] überaus eingehende und aufschlussreiche Erhebung und Darstellung der topographischen und soziographischen Verhältnisse in den Wiener Stadtbezirken und in Randsiedlungen [...] in ihrem heutigen Stadium bereits gestatten, dieselben als Grundlagen für Aufgaben der Stadtregulierung zu verwerten“.¹⁵⁶ 1972 wurden die ursprünglich von der ÖAW-Raumforschungskommission mitentwickelten Vorschriften über „die Schaffung von Schutz-zonen“ in der Altstadt in die Wiener Bauordnung aufgenommen (Altstadterhaltungsnovelle).¹⁵⁷

15.3.2.4 Kontinuität 4: Neue Südostforschung

Im Februar 1948 fand eine Sitzung der ÖAW-Südostkommission statt, die einem einzigen Verhandlungsgegenstand gewidmet war: „Bericht [zu legen] über die Tätigkeit der Südostkommission während des Nazi-Regimes“ aufgrund einer Aufforderung der Alliierten Kommission für Österreich (ACA).¹⁵⁸ Den Sitzungsvorsitz führte nicht Kommissionsobmann Paul Kretschmer, sondern das Kommissionsmitglied Vizepräsident Richard Meister. Der am 10. Februar expedierte Bericht stellte die Tätigkeit der Balkan- bzw. Südostkommission zwischen 1938 und 1945 als „durchaus unpolitisch“ dar.¹⁵⁹ Dass 1941 vier Nationalsozialisten (Menghin, Christian, Knoll und Srbik) zu Mitgliedern ernannt worden waren und Letzterer zum Kommissionsobmann, wurde den Besatzungsbehörden gezielt verschwiegen. Auch wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Südostkommission „vorläufig auf

154 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 98 (1948), 170.

155 HASSINGER, Landschaftliches und kulturelles Erbe, 1942, 735.

156 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 17, Memorandum über die zweckdienliche Organisation der Raumforschung innerhalb der Stadtplanung, unterschrieben vom Leiter der Stadtplanung, 10.1.1949.

157 Vgl. Gesetz v. 7.7.1972, mit dem Vorschriften über die Schaffung von Schutzzonen in Altstadtbereichen in die Bauordnung für Wien aufgenommen werden (Altstadterhaltungsnovelle 1972), LGBl. für Wien 16/1972; vgl. PAL/WEHDORN, Schutzzonen, 1992.

158 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 6, Protokoll der Sitzung der Südost-Kommission am 9.2.1948.

159 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 6, Entwurf für den Bericht über die Tätigkeit der Südost-Kommission von 1938 bis 1947, erstattet vom VP R. Meister, 6.2.1948.

neue Forschungen in den Balkanländern zu verzichten“ gedachte.¹⁶⁰ Sogar das in Bearbeitung befindliche Albanisch-deutsche Wörterbuch wurde nicht erwähnt. Der Hauptgrund für die Einberufung dieser Sitzung der Südostkommission bestand darin, dass darüber entschieden werden sollte, ob die 1947 an der ÖAW neu eingerichtete Kommission Österreichische Forschungsgemeinschaft für den Südosten in diesem Bericht erwähnt werden sollte. Es wurde beschlossen, dass sie zu erwähnen sei, „damit die Akademie kein Vorwurf der Verheimlichung treffen kann“.¹⁶¹ Die Debatte zeigte, dass sich die Mitglieder der Südostkommission der Tatsache bewusst waren, dass die Anknüpfung an nationalsozialistische „Südostarbeit“¹⁶² durch eine neu errichtete Akademiekommission auf den Widerstand der Besatzungsmächte stoßen könnte.

Die Tätigkeit der Balkankommission, die seit 1944 offiziell Südostkommission hieß,¹⁶³ lief nach der Ruhendstellung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder 1945 kontinuierlich weiter. Sie beschränkte ihre Tätigkeit in der Nachkriegszeit auf vorbereitende Arbeiten für die Drucklegung zweier Werke in der Schriftenreihe der Balkankommission, zwei umfangreiche Aufsätze über „Dacia Ripensis“ und den „Grabstein von Čekančevo“ und ein bereits 1919 geplantes Werk über Sprachreste der antiken Thraker.¹⁶⁴ 1950 wurde die Südostkommission wieder in Balkankommission umbenannt, nicht zuletzt weil ihre Schriftenreihe diesen Namen trug. Was die Zusammenarbeit mit deutschen Akademien betraf, blieb die Akademie in der Balkanforschung weiter vorsichtig. Als 1954 die Bayerische Akademie der Wissenschaften anlässlich des Antrags auf Gründung einer Balkankommission in München die ÖAW zur Zusammenarbeit einlud, fasste die phil.-hist. Klasse folgenden Beschluss:

Die Klasse begrüßt jede Art von Zusammenarbeit der beiden Kommissionen, wünscht aber von einer offenkundigen und förmlich ausgesprochenen Verbundenheit beider Kommissionen derzeit abzusehen, da die Wiener Akademie sich mit Rücksicht auf die exponiertere Stellung Österreichs und der Österreichischen Akademie Zurückhaltung auferlegen muß und daher die Tätigkeit ihrer Balkan-Kommission in den Grenzen wie vor 1938 zu halten wünscht.¹⁶⁵

160 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 6, Josef Keil an den Alliierten Rat, Nachweis über die Tätigkeit der Akademie in der Südost-Forschung, 9.2.1948.

161 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 6, Protokoll der Sitzung der Südost-Kommission am 9.2.1948.

162 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Referat über die Erneuerung des „Balkan-Institutes“ an der Universität Wien und über die Aufgaben und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Südostarbeiten in Wien. Mit Vorschlag einer Begründung einer Österreichischen Forschungsgemeinschaft für den Südosten in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, erstattet von Hugo Hassinger, 6.6.1947.

163 Siehe Kapitel 12, 97.

164 Vgl. VETTERS, Dacia Ripensis, 1950; EGGER, Der Grabstein, 1950; DETSCHEW, Sprachreste, 1957.

165 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 6, Protokoll der Sitzung der Balkankommission am

Vor dem Abschluss des Staatsvertrags 1955 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates Österreich durch die vier Signatarmächte UdSSR, Großbritannien, Frankreich und USA stand die Südosteuropaforschung an der ÖAW auf tönernen Füßen. So wurde die naturwissenschaftliche Abteilung der Balkankommission 1948 aufgelöst und die Balkankommission selbst, ab 1940 als klassenübergreifende Kommission eingerichtet, wieder in die phil.-hist. Klasse eingegliedert. 1950 wurde auch die 1947 bei der ÖAW eingerichtete, oben erwähnte Österreichische Forschungsgemeinschaft für den Südosten wieder ruhend gestellt. Sie war auf Anregung der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei ins Leben gerufen worden, die dem Rektor der Universität Wien, wM Ludwig Adamovich, empfohlen hatte, „wieder ein Institut aufzubauen, das die Beziehungen zu den Südostländern und somit insbesondere zu unseren slawischen Nachbarn pflegt“.¹⁶⁶ Das letzte Balkaninstitut, das Institut für Balkankunde an der Universität Wien, auf das in dem Schreiben der ÖVP Bezug genommen wurde, war mit der Emeritierung seines Leiters Carl Patsch, einem Mitglied der an der Universität Wien informell etablierten antisemitischen Professorenvereinigung „Bärenhöhle“,¹⁶⁷ 1935 aufgelöst worden.¹⁶⁸ Die ÖAW griff diese Anregung der Politik zwar auf, wählte schließlich aber eine andere Institutionalisierungsform und weitete den Forschungsfokus auf den Vorderen Orient aus.¹⁶⁹ Den Takt gab wieder Hugo Hassinger vor. In einem Grundsatzreferat in der Sitzung der Verbandskommission der ÖAW am 6. Juni 1947 trat er vehement für „die Wiederbelebung der Südostarbeit in Österreich“ ein.¹⁷⁰ In der Anregung der Volkspartei sah er „eine erfreuliche Erkenntnis der Notwendigkeit, Österreichs Kulturmission fortzusetzen“ und eine alte Tradition wieder aufzunehmen. Als letzte Träger dieser Tradition, an die wieder angeknüpft werden sollte, führte er explizit die Wiener NS-Institutionen Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen und Südosteuropa-Gesellschaft an.¹⁷¹

Am 19. Juni 1947 setzte die ÖAW die Forschungsgemeinschaft für den Südosten an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften nach dem

12.5.1954, sowie Beschluss der phil.-hist. Klasse der ÖAW am 12.5.1954 betreffend die Kooperation ihrer Balkan-Kommission mit der neugegründeten Balkan-Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

166 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Österreichische Volkspartei, Bundesparteileitung, Hauptreferat für Kultur, an Rektor Ludwig Adamovich, 29.4.1947.

167 Vgl. TASCHWER, Geheimsache, 2016, 230–236.

168 Vgl. WINKELBAUER, Das Fach Geschichte, 2018, 200.

169 Vgl. AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Rektor Ludwig Adamovich an die Österreichische Volkspartei, Bundesparteileitung, Hauptreferat für Kultur, 8.6.1947.

170 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Referat über die Erneuerung des „Balkan-Institutes“ an der Universität Wien und über die Aufgaben und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Südostarbeiten in Wien. Mit Vorschlag einer Begründung einer Österreichischen Forschungsgemeinschaft für den Südosten in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, erstattet von Hugo Hassinger, 6.6.1947.

171 Vgl. ebd.

Vorbild der Verbandskommission und der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau ein. Zum Obmann wurde Hassinger gewählt. Delegierte aus Hochschulen sowie kommunalen und staatlichen Behörden wie dem Bundeskanzleramt/Äußeres, dem Bundesministerium für Unterricht, dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, dem Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, der Gemeinde Wien, dem Bundesdenkmalamt und dem Statistischen Zentralamt wurden kooperiert. In der konstituierenden Sitzung stellte Hassinger dezidiert fest, dass „an manche Arbeit der ehem[aligen] S[üd]o[st]deutschen Forschungsgemeinschaft angeknüpft werden“ könne.¹⁷² Als Ziele wurden u. a. die Wiedererrichtung des 1935 aufgelassenen Instituts für Balkankunde an der Universität Wien, der Ausbau der Südostkurse an der Hochschule für Welthandel zu einem postgradualen Speziallehrgang und die Anlage einer Südost-Bibliografie ab 1944 definiert. Die Ziele wurden nicht erreicht. 1950 berichtete Hugo Hassinger resigniert, dass die Forschungsgemeinschaft nicht in der Lage war, „in Ermangelung von Mitteln und auch infolge äusserer Verhältnisse, die den Verkehr mit den Südostländern erschwerten, eine wissenschaftliche [sic] Tätigkeit nach außen zu entfalten“.¹⁷³ So erklärte er im Mai desselben Jahres den Rücktritt als Obmann der Kommission und merkte dabei kritisch an: „Eine Erörterung der Hindernisse für die Entfaltung einer grösseren Tätigkeit ist in der Öffentlichkeit derzeit nicht opportun.“¹⁷⁴ 1950 wurde die Forschungsgemeinschaft auf Antrag von Hugo Hassinger zum Ende des Rechnungsjahres 1950 aufgelassen, ihre Agenden wurden der Balkankommission übertragen.¹⁷⁵

Ebenso wie der Raumforschung sicherte Hugo Hassinger auch der Südostforschung in Österreich mithilfe der Akademie der Wissenschaften vorübergehend eine Kontinuität über das Jahr 1945 hinweg. Diese Kontinuität war mit einer zentralen Bruchlinie verbunden: Die Südostforschung zielte nicht mehr auf die politische Gestaltung des volksdeutschen Siedlungs- und wirtschaftlichen Ergänzungsraums in Südosteuropa ab, sondern auf den Aufbau von Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit Ländern dieser Region. Gleich geblieben war Hassingers Begründung, dass Wien nämlich „als größte und älteste Kulturstadt an der Ostgrenze des deutschen Sprachgebietes [...] die Vermittlung zwischen den Völkern des Südostens mit dem deutschen, ja dem ganzen abendländischen Kulturkreis zu übernehmen vermag“.¹⁷⁶ Der durch den Kalten Krieg erschwerte Auslandsverkehr und ein

172 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Protokoll über den Sitzungsverlauf der konstituierenden Sitzung der Österreichischen Forschungsgemeinschaft für den Südosten an der ÖAW, 19.6.1948.

173 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 100 (1950), 241f.

174 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Hugo Hassinger an das Präsidium der ÖAW, 30.5.1950.

175 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 30.6.1950 (A 1036); Spezialkommissionen, in: Alm. (100) 1950, 125.

176 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Protokoll über den Sitzungsverlauf der konstituie-

latentes, aber offenkundig wirksames politisches Unbehagen an der „Süd-ostarbeit“, die an der ÖAW wieder institutionalisiert worden war, ließen diese Unternehmung scheitern. Die Südostforschung an der ÖAW war damit Geschichte. Was blieb, war eine historische und linguistische Balkanforschung, etabliert in der Balkankommission.

15.4 Von der Radiumforschung zur Kernphysik

„Die Nazis aller Institute sind nach dem Westen geflüchtet, es wird wohl keiner in seine Stellung zurückkehren können.“¹⁷⁷ In ihrem ersten Brief an Karl Przibram vom 3. Oktober 1945 berichtete Berta Karlik (1904-1990) dem stellvertretenden Institutsleiter aus der Zeit vor 1938, der die dunklen Jahre des Nationalsozialismus in Brüssel überlebt hatte,¹⁷⁸ über einen Sachverhalt, der für die Entwicklung der Radiumforschung und Kernphysik in Österreich bestimmend werden sollte. Karlik wurde im Mai 1945 mit der provisorischen Leitung des Instituts für Radiumforschung betraut. Außer ihr befand sich 1945 praktisch kein Kernforscher mehr in Wien, außer dem suspendierten Institutsvorstand Gustav Ortner (1900-1984), der im August desselben Jahres aus Moskau zurückgekehrt war. „An u. für sich ist er ja politisch keineswegs hervorgetreten“, berichtete Karlik weiter über Ortner, zugleich setzte sie Przibram aber darüber in Kenntnis, „daß mit seiner Pensionierung möglicherweise gerechnet werden muß“ und daran gedacht sei, „Sie, lieber Herr Professor, als Vorstand an das Institut zu berufen“.¹⁷⁹ Karl Przibram (1878-1973, Abb. 56) wurde als einer der wenigen NS-Vertriebenen zurückberufen, aber nicht als Vorstand des Akademieinstituts für Radiumforschung, sondern als der des II. Physikalischen Instituts der Universität Wien.

Die aus Wien geflüchteten „Physik-Nazis“¹⁸⁰ hatten im April 1945 im Salzburger Thumersbach bei Zell am See eine Außenstelle des Instituts für Neutronenforschung errichtet. In Salzburg setzten die Neutronenforscher, darunter auch Friedrich Prankl, Assistent am Institut für Radiumforschung, ab Juni mit offizieller Zustimmung des US-Militärnachrichtendienstes ihre atomphysikalischen Arbeiten fort, nämlich „in those lines, that may be of interest and value to the War Department of the United States, as well as the

renden Sitzung der Österreichischen Forschungsgemeinschaft für den Südosten an der ÖAW, 19.6.1948.

177 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 33, Nr. 461-462, Berta Karlik an Karl Przibram, 3.10.1945.

178 Vgl. REITER, Karl Przibram, 2019, 180f.

179 Ebd.

180 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 10, Nr. 155-165, Stefan Meyer an Hans Benndorf, 7.2.1948.

Navy, Army and Air Force Institutes“.¹⁸¹ Am 1. Juli 1945 legte Georg Stetter (1895-1988), vormaliger Leiter des Vierjahresplan-Instituts für Neutronenforschung des Reichsamts für Wirtschaftsausbau, den Amerikanern einen Tätigkeitsbericht vor. Dieser bezog sich auf den während des Kriegs in Wien erzielten Fortschritt bei der Realisierung der sogenannten Uranmaschine und umfasste auch eine Bestandsaufnahme der dafür entwickelten Apparate, beispielsweise eines neuen Massenspektrografen.¹⁸² Zugleich wurde im Bericht ein umfangreiches weiterführendes Neutronenforschungsprogramm (u. a. die Messung der Wirkungsquerschnitte für thermische Neutronen) angekündigt, wofür der vor Kriegsende bestellte und bezahlte, aber nicht mehr nach Wien gelieferte Neutronengenerator angefordert werden sollte.¹⁸³ Stetters Neutronenforschung konnte schließlich mangels Apparaturen - insbesondere des nicht gelieferten Neutronengenerators - sowie mangels natürlicher Strahlungsquellen nicht weitergeführt werden. Die Außenstelle der Universität Wien in Salzburg wurde noch 1945 stillgelegt, allerdings unterstützten die Amerikaner bis 1953 mehrere von Stetters Projekten.¹⁸⁴

Am Institut für Radiumforschung in Wien wurde die provisorische Leiterin Berta Karlik 1947 offiziell zum Vorstand bestellt. Sie war die einzige Person am Institut, die für die Leitungsfunktion qualifiziert und zugleich politisch nicht belastet war. Karlik leitete das Radiuminstitut fast 30 Jahre lang, bevor sie mit 1. September 1974 in den Ruhestand trat.

15.4.1 Karlis Stunde. Der Aufstieg Berta Karlis zur wichtigsten Atomforscherin Österreichs

Stefan Meyer, der im Mai 1938 das Amt des Vorstands des Instituts für Radiumforschung niedergelegt hatte, hatte als Jude die NS-Zeit in Bad Ischl „gesund und frisch“, so Karlik, überlebt, schien aber „in Anbetracht seines Alters u. seiner Schwerhörigkeit nur mehr geneigt zu sein, eine Art Kuratorstelle von der Akademie aus anzunehmen“.¹⁸⁵ Als Obmann des Kuratoriums



56. Karl Przibram, bis zu seiner Emigration 1938 Vorstand-Stellvertreter des Instituts für Radiumforschung, 1946 kM I, 1947 Vorstand des II. Physikalischen Instituts der Universität Wien, 1949 Kuratoriumsmitglied des Instituts für Radiumforschung, 1950 wM

181 ÖStA-AdR, PA Georg Stetter, Detachment A-2. 2677th Regiment OSS (Prov), APO 512. US Army. Memorandum Physikalisches Institut der Universität Wien, zur Zeit: Thumersbach b. Zell am See, 20.6.1945; ÖStA-AdR, PA Georg Stetter, Georg Stetter an Ludwig Adamovich, Rektor der Universität Wien, 8.7.1945.

182 Deutsches Museum digital, [Georg Stetter,] Bericht über das II. Physikalische Institut der Wiener Universität, derzeit in Thumersbach bei Zell am See Salzburg (Austria), 1.7.1945, <https://digital.deutsches-museum.de/item/FA-002-712> (abgerufen am 31.12.2021).

183 Siehe Kapitel 12, 115.

184 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 319.

185 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 33, Berta Karlik an Karl Przibram, 3.10.1945.



57. Berta Karlik, 1945 provisorische Leiterin des Instituts für Radiumforschung, 1947 dessen Vorstand, 1954 KM I, 1956 erste Lehrstuhlinhaberin in Österreich, 1973 erstes weibliches wM

des Instituts für Radiumforschung ebnete er Berta Karliks Karriereweg zur wichtigsten Atomforscherin Österreichs (Abb. 57). Seit 1933 als wissenschaftliche Hilfskraft am Radiuminstitut tätig, war Karlik auf Antrag Ortners 1941 vom REM zur Universitätsassistentin mit Dienstzuteilung am Institut für Radiumforschung ernannt worden. Ihre Bestellung zur Dozentin mit Diäten hatte der NS-Dozentenführer Arthur Marchet mit der Stellungnahme befürwortet, dass „irgendwelche Bedenken in politischer Beziehung [...] nicht zu erheben“ seien.¹⁸⁶

Im Mai 1945 wurde Karlik – wie bereits erwähnt – mit der interimistischen Leitung des Radiuminstituts betraut, 1946 erhielt sie den Posten des Vorstand-Stellvertreters (bis 1938 war dies Karl Przibram gewesen) und den Titel eines ao. Professors.¹⁸⁷ Stefan Meyer wurde

wieder als Institutsvorstand sowie als Obmann des Kuratoriums (mit 29. November 1945) eingesetzt. Bevor er mit 1. Oktober 1947 im 76. Lebensjahr in den dauerhaften Ruhestand trat,¹⁸⁸ regelte er noch in der Sitzung des Kuratoriums des Instituts für Radiumforschung am 13. Mai 1947 seine Nachfolge. Sein Vorschlag lautete:

- 1) Bestellung von Prof. Dr. Berta Karlik als Leiterin unter Oberhoheit des aufrechtzuerhaltenden Kuratoriums.
- 2) Mitteilung hiervon an die Fakultät mit dem Ersuchen nicht nur um Kenntnisnahme und Billigung, sondern auch der Bitte, Berta Karlik in der Fakultät jene Stellung zu verschaffen, die sie als Leiterin des Institutes braucht (Ernennung zum wirkl. Extraordinarius).¹⁸⁹

Meyers Vorschlag unterzeichneten die Physiker Hans Benndorf, Heinrich Ficker und Heinrich Mache sowie der Chemiker Ludwig Ebert. Auch Karl Przibram und Josef Mattauch unterstützten Meyers Initiative uneingeschränkt.¹⁹⁰ Mattauch empfahl und würdigte Karlik mit folgenden Worten:

Durch die Entdeckung des Elementes No. 85 jedoch, um die sich vor ihr Schweizer, englische u.a. Wissenschaftler vergebens bemüht hatten, ist

186 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 1, Arthur Marchet an das Dekanat der Philosophischen Fakultät, 8.1.1941; Faksimile bei SIENELL/OTTNER, Archiv, 2004, 19.

187 Zu Karliks Biografie vgl. Strohmaier, Karlik, 2010; siehe Kapitel 22, 88.

188 Vgl. KARLIK, 1938–1945, 1950, 39; REITER, Aufbruch, 2017, 179f.

189 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 5, Memorandum von Stefan Meyer zur Sitzung des Kuratoriums des Institutes für Radiumforschung am 13. Mai 1947.

190 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 5, Nr. 99, Memorandum von Stefan Meyer zur Sitzung des Kuratoriums des Institutes für Radiumforschung am 13. Mai 1947. Mattauch war Nachfolger von Lise Meitner (ab 1938) und von Otto Hahn (ab 1946 als Direktor) am Institut für Chemie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin und als künftiger Vorstand des I. Physikalischen Instituts der Universität Wien vorgeschlagen.

sie unzweifelhaft in die Reihe der Gelehrten von internationalem Ruf getreten. [...] Es will mir scheinen, als ob gerade das Gebiet der Radioaktivität besonders reich ist an weiblichen Forschern allerersten Ranges: die Reihe führt, um nur einige Namen zu nennen, mit Marie Curie, der Entdeckerin des Radiums beginnend, über Lise Meitner, vor allem durch Entdeckung des Elementes 91 mit O. Hahn und die Aufklärung der primären β -Spektren bekannt, zu Irene Curie-Joliot, die mit ihrem Mann die künstliche Aktivität entdeckte. Berta Karlik, die Entdeckerin von No. 85 sorgt dafür, dass diese Reihe erster Namen auf diesem heute wieder in den Brennpunkt des Interesses getretenen Gebiet nicht abreisst.¹⁹¹

Am 29. Dezember 1947 wurde die Oberassistentin tit. ao. Prof. Dr. Berta Karlik vom Bundesministerium für Unterricht offiziell zur Leiterin des Radiuminstituts bestellt.¹⁹² Die Universität Wien gab auf Vorschlag des Akademiepräsidenten Heinrich Ficker am 21. Juni 1950 der Ernennung Karliks zur ao. Professorin statt, die zugleich infolge eines Unico loco-Vorschlags auf eine mit dem Radiuminstitut verbundene neue Lehrkanzel für Experimentalphysik berufen wurde. Mit dieser Berufung wurde der Bedeutung, die die Kernphysik in den 1940er Jahren gewonnen hatte, „da Uranmaschine und Atombombe Wirklichkeit geworden sind“,¹⁹³ Rechnung getragen. Karliks Aufgabe lautete: „Ordnungsgemäße Vertretung des Nominalfaches (Physik), insbesondere Vorlesungen über Radiumforschung sowie Leitung des Instituts für Radiumforschung.“¹⁹⁴ 1956 wurde ihre außerordentliche in eine ordentliche Professur umgewandelt. Damit erhielt Berta Karlik als erste Frau in Österreich ein Ordinariat.

15.4.2 Der wissenschaftliche Neustart des Radiuminstituts 1945. Forscher/innentausch und die transformierten Kontinuitäten, die die NS-Kernforschung mit der Nachkriegszeit verbinden

1945 stand mit Berta Karlik eine ausgewiesene Expertin für Experimentalphysik für den Neustart des Radiuminstituts zur Verfügung. Sie hatte sich durch die Entdeckung des Elements 85 (Astat) als Produkt des natürlichen Zerfallsprozesses von Uran (gemeinsam mit Traude Bernert) einen internationalen Ruf erworben und zwischen 1943 und 1945 eigenständig das vom

191 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 5, Nr. 99, Josef Mattauch an Stefan Meyer, 22.4.1947. Beilage zum Memorandum von Stefan Meyer zur Sitzung des Kuratoriums des Institutes für Radiumforschung am 13. Mai 1947.

192 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 98 (1948), 194.

193 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 5, Nr. 96-99, Berta Karlik, Memorandum über das Institut für Radiumforschung anlässlich des neuen Stellenplanes, 22.7.1946.

194 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 1, Arbeitsprogramm des Institutes für Radiumforschung und Kernphysik [Entwurf], 29.3.1971. Karlik stellte 1977 eine Dokumentation zum Status des Instituts zwischen Akademie und Universität/Ministerium (1910-1985) zusammen.

Reichsforschungsrat geförderte Projekt „Untersuchungen über die natürliche Existenz des Elementes 85“ durchgeführt.¹⁹⁵ Die anderen führenden Atomforscher – Georg Stetter, Gustav Ortner, Josef Schintlmeister und Willibald Jentschke – hatten sich durch ihre Mitglied- oder Anwärterschaft in der NSDAP ihre Karrierewege in Österreich zunächst verbaut. Sie verließen Österreich – Ortner erhielt 1950 eine Professur für Kernphysik in Kairo, Jentschke im selben Jahr eine Kernphysikprofessur an der University of Illinois, Schintlmeister schon 1946 eine leitende Stellung als Kernphysiker im sowjetischen Atomwaffenprogramm in Moskau – oder zogen sich, so Georg Stetter, weitgehend aus der Kernforschung zurück. Stetter untersuchte fortan mit US-amerikanischer Unterstützung in Salzburg die Staubentwicklung in Bergwerken und legte damit den Grundstein für seine künftige Tätigkeit als Aerosolforscher und Umweltphysiker an der Universität Wien. Nach der Umwandlung seiner Entlassung in eine Enthebung 1948 und seiner Entregistrierung 1950 wurde Stetter 1953 wieder zum o. Professor an der Universität Wien bestellt.¹⁹⁶ Stetters verwaistes II. Physikalisches Institut übernahm 1947 der aus dem Exil zurückgekehrte Karl Przibram. Er setzte seine Untersuchungen zur Verfärbung und Luminiszenz von Festkörpern durch radioaktive Strahlung aus der Zeit vor 1938 fort und gab damit dem Lehrstuhl, der sich in der NS-Zeit der Energiegewinnung durch Kernspaltung gewidmet hatte, eine neue Ausrichtung, nämlich auf Festkörperphysik. Seine Nachfolge trat 1951 der Festkörperphysiker und spätere Akademiepräsident Erich Schmid an.¹⁹⁷

Mit dieser Aufteilung von Zuständigkeiten wurden die Weichen für die Zukunft gestellt. Die Alleinstellung des Radiuminstituts beschrieb Karlik, die einzige Atomforscherin in Österreich, 1946 in einem Memorandum anlässlich eines neuen Stellenplans: „Das Institut vertritt als einziges Institut Österreichs das aktuellste physikalische Forschungsgebiet: die Atomkernphysik.“¹⁹⁸ Diese Vertretung beschränkte sich bis Anfang der 1950er Jahre weitgehend auf die universitäre Lehre. In der Forschung war, so erinnerte sich Karlik 1960, „in einer Reihe von Ländern seit etwa 1940 ein Aufwand an apparativen und personellen Mitteln geleistet worden [...], wie nie zuvor in der Geschichte der Naturwissenschaften“.¹⁹⁹ Im Österreich der Nachkriegszeit standen aus den erwähnten Gründen jedoch weder Personal noch Ap-

195 Vgl. Forschungsauftrag „Untersuchungen über die natürliche Existenz des Elementes 85“, Antragstellerin: Berta Karlik, 1943 bewilligt, Dringlichkeitsstufe: SS, in: Gepris historisch 1920–1945, <https://gepris-historisch.dfg.de/fall/119833> (abgerufen am 31.12.2021). Auf Antrag Karliks wurden auch ihrer Mitarbeiterin Traude Bernert zwischen 1943 und 1945 zwei Stipendien gewährt.

196 Vgl. PFEFFERLE/PFEFFERLE, Glimpflich entnazifiziert, 2014, 305.

197 Vgl. REITER, Von Erdberg, 2015, 205; ders., Karl Przibram, 2019.

198 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 5, Nr. 96–99, Berta Karlik, Memorandum über das Institut für Radiumforschung anlässlich des neuen Stellenplanes, 22.7.1946.

199 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 57, Nr. 845–846, [Berta Karlik,] Die Aufbauarbeit am Institut für Radiumforschung und Kernphysik nach 1945, undat., [1960].

parate in einem Ausmaß zur Verfügung, das nötig gewesen wäre, um in der Forschung voranzukommen. 1949 beantwortete der Hamburger Hersteller des bereits bezahlten, aber vor Kriegsende nicht mehr gelieferten Neutronengenerators Karliks Aufforderung, diesen endlich zuzustellen, abschlägig.²⁰⁰ Somit konnte am Radiuminstitut „nicht auf weiter Basis in einer größeren Anzahl von Teilgebieten“, insbesondere nicht im Bereich der Kernphysik sinnvoll geforscht werden. Die Forschung beschränkte sich auf „wenige Problemkomplexe“.²⁰¹ So führte das Radiuminstitut, wie auch schon vor und während des Kriegs, als einzige staatlich autorisierte Stelle Messungen von Radiumpräparaten für Spitäler und von natürlicher Radioaktivität in Quellwässern und in Bergstollen durch, u. a. in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut Gastein. 1948 übernahm man Messungen an radioaktiven Wasserproben und Tiefseesedimenten für das Ozeanographische Institut in Göteborg.²⁰² Auch war das Radiuminstitut weiterhin für amtliche Eichungen an radioaktiven Präparaten zuständig. Die Lücken in den Beständen wissenschaftlicher Literatur konnten durch „eine große Zeitschriften-Spende“ von Gustav Kürti (Harvard University), der 1938 als Institutsmitarbeiter vertrieben worden war, sowie durch Buchspenden von Professor Clark Goodman (MIT Boston) und der Education-Abteilung der US-Besatzungsverwaltung Anfang der 1950er Jahre weitgehend geschlossen werden.²⁰³

Hatte sich die Radioaktivitätsforschung im ersten Nachkriegsjahrzehnt auf methodische Arbeiten, Radioaktivitätsmessungen und Untersuchungen an verschiedenen Substanzen unter radioaktiver Bestrahlung beschränkt, so zeichnete sich ab 1955 ein Wandel des Forschungsprogramms ab. Im Jahr der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags, 1955, nahm das ÖAW-Institut endlich zwei neue Apparate in Betrieb, die von Institutsmitarbeitern in jahrelanger Arbeit entwickelt und konstruiert worden waren, nämlich ein Spektrometer und eine Teilchenbeschleunigungsanlage. In der Feierlichen Sitzung der Akademie 1956 konnte Vizepräsident Heinrich Ficker stolz verkünden: „Mit letzterer wurde der erste Neutronengenerator für Österreich geschaffen“²⁰⁴ – und somit auch, wie es Karlik formulierte, „die Grundlage für methodisch neue, vielfältige wissenschaftliche Arbeit

200 Der Hersteller gab die Auskunft, dass Teile der Anlage von den Alliierten beschlagnahmt worden seien und nur noch unsachgemäß eingelagerte und nicht mehr verwendungsfähige Bestandteile vorhanden seien. Vgl. AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 32, Hans [Eduard] Suess an Berta Karlik, 20.4.1947 u. C.H.F. Müller Aktiengesellschaft an das Institut für Radiumforschung, 8.6.1949; FORSTNER, Kernphysik, 2019, 126.

201 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 57, Nr. 845-846, [Berta Karlik,] Die Aufbauarbeit am Institut für Radiumforschung und Kernphysik nach 1945, undat. [1960].

202 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 99 (1949), 225.

203 Vgl. KARLIK, 1938-1945, 1950, 41; AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 5, Nr. 96-99, Bericht des Instituts für Radiumforschung, 1.5.1952.

204 Bericht des Sekretärs, in: Alm. 106 (1956), 237.

ten“.²⁰⁵ Mit der Inbetriebnahme beider Apparate rückte wieder – wie im Zweiten Weltkrieg – die Neutronenforschung in den Vordergrund. Zum einen wurde die Messung von „Wirkungsquerschnitten energiereicher Neutronen“ durchgeführt, es wurden also Wahrscheinlichkeiten von Kernprozessen mithilfe künstlich erzeugter schneller, d. h. energiereicher 14 MeV Neutronen bestimmt²⁰⁶ und „Mechanismen verschiedener Kernreaktionen“ erforscht, zum anderen wurden durch Spektroskopie die „Gültigkeitsgrenzen der Kernmodellvorstellungen“ ausgelotet und Modelle dieser Art zu verfeinern versucht.²⁰⁷ Die Neuausrichtung der Forschung am Radiuminstitut spiegelte sich auch in der Änderung des Institutsnamens wider: „Mit Beschluß der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse vom 27. [recte: 13.] Jänner 1955 wurde der Name des Instituts zu „Institut für Radiumforschung und Kernphysik“ erweitert, um der Entwicklung des Arbeitsgebiets Rechnung zu tragen.“²⁰⁸

15.4.3 Österreich tritt ins Atomzeitalter ein

Anfang der 1950er Jahre lief Österreich Gefahr, den Anschluss an die kostspielige internationale kernphysikalische Forschung zu verlieren. Abhilfe schufen die alliierten Mächte Großbritannien und USA, die in Österreich die große Vision einer friedlichen Nutzung der Atomenergie in zwei Etappen Wirklichkeit werden ließen. Dem Institut für Radiumforschung kam dabei eine Schlüsselrolle zu: 1949 richtete es mit britischer Unterstützung die erste österreichweite Verteilungsstelle für künstliche Radioisotope ein, ab 1954 trieb es die Errichtung des ersten Forschungsreaktors in Österreich voran.

Die in England und den USA erzeugten radioaktiven Stoffe stießen bald auf große Nachfrage: Künstliche Isotope ließen sich praktisch anwenden; die Anwendungsbereiche reichten von der zerstörungsfreien Werkstoffprüfung bis zur Krankheitsdiagnostik und -therapie. 1949 übernahm das Institut für Radiumforschung aufgrund einer Vereinbarung mit den zuständigen britischen Stellen die verantwortungsvolle Aufgabe, die vom Kernforschungszentrum in Harwell (England) gelieferten Radioisotope an Kliniken, Gewerbe- und Industriebetriebe sowie Universitäten zu verteilen und die Verteilung zu überwachen.²⁰⁹ Dafür richtete Berta Karlik am Radiuminstitut eine „Isotopenverteilungsstelle“ ein, mit deren Leitung sie Traude Bernert (Abb. 58) betraute, die zusammen mit ihr das natürliche Vorkommen des Elements 85 (Astat) entdeckt hatte. Die Kosten für die österreichische For-

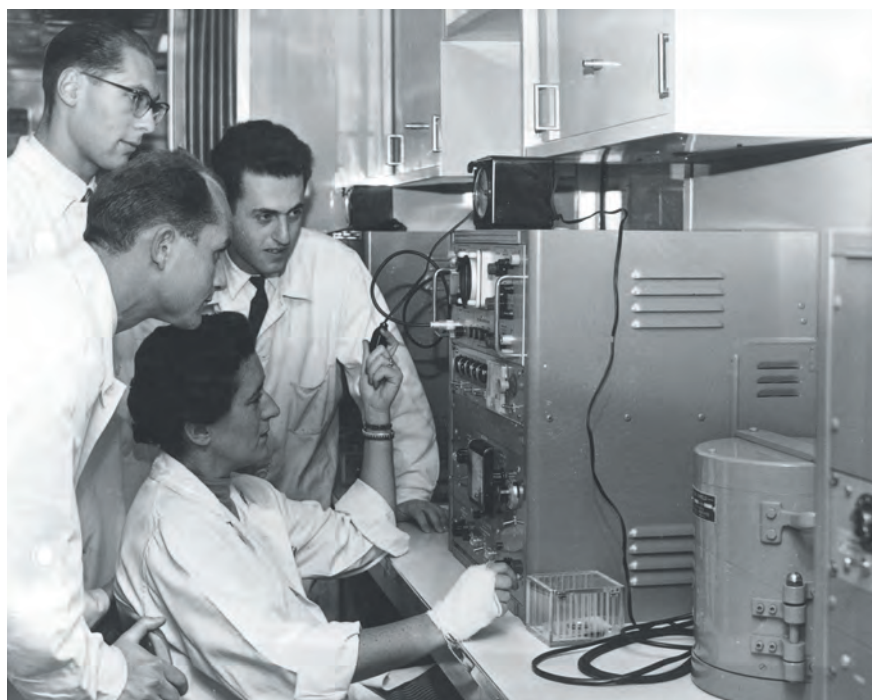
205 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 106 (1956), 313f.

206 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 109 (1959), 314. Wir danken Wolfgang Reiter für die erklärenden Angaben.

207 Vgl. KARLIK, Das Institut, 1965, 386f.

208 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 105 (1955), 316; Vgl. AÖAW, Protokoll der Sitzung der math.-nat. Klasse v. 13.1.1955 (B 2821).

209 Vgl. SCHWERIN, Österreich, 2012.



58. Traude Bernert, Leiterin der Isotopenverteilungsstelle am Radiuminstitut mit Mitarbeitern der IAEA bei der Arbeit mit einem Oszilloskop, Aufnahme im Mobile Isotopes Laboratory der International Atomic Energy Agency, 1958

schaftung übernahm auf Karliks Antrag zunächst die Rockefeller Foundation.²¹⁰ Bis 1960 wurden 42 Krankenhäuser und Kliniken, 26 wissenschaftliche Einrichtungen und 21 Industrieunternehmen mit künstlichen radioaktiven Stoffen beliefert.²¹¹

In den 1950er Jahren initiierte Berta Karlik auch die Atomtechnik für Forschungszwecke in Österreich. Das durch den US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower 1953 angekündigte Programm „Atoms for Peace“, in dessen Rahmen die USA befreundeten Länder Forschungsreaktoren zur Verfügung stellten, stieß in Österreich sofort auf großes Interesse.²¹² Schon im Dezember 1954 formierte sich in Wien eine Studiengruppe, und noch im gleichen Monat wurde im Bundeskanzleramt eine interministerielle Kommission zur Beratung der Regierung in Atomfragen eingerichtet, in die das Radiuminstitut, vertreten durch Berta Karlik, als einzige wissenschaftliche Institution berufen wurde. Karlik wurde von der Kommission mit der Ausarbeitung eines Memorandums beauftragt, in dem sie die Zweckmäßigkeit der Errichtung eines von Hochschulen und Industrie betriebenen Forschungsreaktors darlegte.²¹³ 1955 entsandte sie das Ministerium für Unterricht als Delegierte

210 Vgl. Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 100 (1950), 269.

211 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 57, Nr. 845-846, Berta Karlik, 50 Jahre Institut für Radiumforschung und Kernphysik, undat. [1960].

212 Vgl. FORSTNER, Kernphysik, 2019, 131-157.

213 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 57, Nr. 845-846, Berta Karlik, Die Aufbauarbeit am Institut für Radiumforschung und Kernphysik nach 1945, undat. [1960]; FORSTNER, Kernphysik, 2019, 132f.

zur ersten internationalen Konferenz über die friedliche Nutzung der Atomenergie nach Genf. Im Jahr darauf unterzeichneten die USA und Österreich ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Bald trat aber die Uneinigkeit zwischen Wissenschaft, Industrie und Energiewirtschaft über die Ausrichtung des neuen Reaktorzentrums offen zutage. Während die ab 1956 in der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie GmbH (ÖSGAE) alliierte Energiewirtschaft, Industrie und Politik die Reaktortechnik als zukunftsweisende Stromquelle vor Augen hatten, stand für die Universitäten und Hochschulen ihre Funktion als Neutronenquelle für Forschungszwecke im Vordergrund. 1957, kurz nach dem Regierungsbeschluss zur Errichtung eines neuen Reaktorzentrums der ÖSGAE in Seibersdorf nahe Wien, wurde auf Druck der Universitäten der Beschluss zur Gründung eines zweiten Atominstituts gefasst, nämlich eines Atominstituts der Hochschulen.²¹⁴

Karlik und ihre Mitarbeiter/innen hatten sich Mitte der 1950er Jahre die Errichtung *eines* Forschungsreaktors von amerikanischer Bauart gewünscht. Anfang der 1960er Jahre wurden gleich zwei davon in Österreich errichtet: Die ÖSGAE betrieb ab 1960 den Reaktor ASTRA zum Studium der Energiegewinnung durch Kernspaltung (Abb. 59);²¹⁵ ab 1962 betrieben die Hochschulen den TRIGA-MARK-II-Reaktor im Wiener Prater (Abb. 60) zum Zweck kernphysikalischer Forschung. Zu den Direktoren des Hochschul-Atominstituts wurden die TH-Professoren Fritz Regler und Gustav Ortner ernannt. Letzterer war auf Vorschlag Berta Karliks 1955 vom Ministerium als Fachberater in Atomfragen und Koordinator des Reaktorprojekts von Kairo nach Wien zurückberufen worden.²¹⁶ Karliks ehemaligem Vorgesetzten, dem sie anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums 1960 „verantwortungsbewusste Amtsführung“ am Radiuminstitut in der NS-Zeit attestierte,²¹⁷ war 1955, zehn Jahre nach seiner Entlassung, wieder die Lehrerlaubnis an der Universität Wien erteilt worden. Mit 1. Jänner 1956 nahm ihn das Bundesministerium für Unterricht als Fachberater für die friedliche Nutzung der Kernenergie erneut in den österreichischen Staatsdienst auf. 1959 wurde Ortner zum Leiter des neuen Atomforschungszentrums und 1960 zum Professor an der Technischen Hochschule berufen.²¹⁸ Bei der Grundsteinlegung des Atominstituts stand auch ein amerikanischer Physiker namens Frederic de Hoffmann auf der Rednerliste. Hoffmann war - wie es in der *Österreichischen Neuen Tageszeitung* hieß - „ein gebürtiger Wiener“. Unerwähnt blieb, dass er nach dem „Anschluss“ 1938 als Kind aus Wien geflüchtet war, an der Harvard University Physik studiert, in der amerikanischen Atomindustrie

214 Vgl. FORSTNER, Kernphysik, 2019, 155.

215 Vgl. LACKNER, Von Seibersdorf, 2000.

216 Vgl. FORSTNER, Kernphysik, 2019, 133f.

217 KARLIK, Bericht, 1962, 248.

218 Vgl. PFEFFERLE/PFEFFERLE, Glimpflich entnazifiziert, 2014, 165f., 313.



Karriere gemacht und eine Firma – die General Dynamics Corporation – gegründet hatte. Diese lieferte den Forschungsreaktor für das Atominstitut der österreichischen Hochschulen, das nun von einem ehemaligen Wiener Nationalsozialisten geleitet wurde.²¹⁹

Das Institut für Radiumforschung und Kernenergie leistete ab Ende der 1950er Jahre Aufbauarbeit für die beiden geplanten Reaktorinstitute. Einerseits waren seine Mitarbeiter an der Planung und Errichtung des Reaktorzentrum Seibersdorf beteiligt, andererseits arbeiteten sich die künftigen Fachkräfte am ÖAW-Institut in ihren Tätigkeitsbereich ein. Der „sehr dringende Bedarf an Nachwuchskräften auf kernphysikalischem Gebiet [... wurde] durch Neuaufnahmen von Dissertanten bis zur derzeitigen personellen und materiellen Leistungsgrenze des Instituts“ gedeckt.²²⁰ Institutsmitarbeiter wechselten in leitender Stellung in das Reaktorzentrum. Beide Reaktoren wurden vom Institut für Radiumforschung und Kernenergie mitbenutzt.²²¹

Mit dem Aufbau der Atomtechnologie in Österreich ergab sich auch die Notwendigkeit, über Anwendungsmöglichkeiten aufzuklären und „jeden Mißbrauch radioaktiver Stoffe zu verhüten, der zu gesundheitlichen Schäden führen oder Sachschaden anrichten könnte“.²²² Auf Wunsch verschiedener Ministerien verstärkte das Institut die Aufklärungsarbeit über radioaktive Strahlung, nicht zuletzt auch im Auftrag des Ministeriums für Landesverteidigung in Bezug auf radioaktiven Luftschutz. Darüber hinaus gab es Stellungnahmen zu dem seit den 1950er Jahren in Ausarbeitung befindlichen Strahlenschutzgesetz ab, bevor die 1958 eingesetzte und von Karl Przibram geleitete ÖAW-Kommission für Strahlenforschung und Strahlenschutz diese beratende Tätigkeit übernahm.²²³

59. Forschungsreaktor der ÖSGAE in Seibersdorf, Niederösterreich, Aufnahme 1968

60. Forschungsreaktor der österreichischen Hochschulen im Wiener Prater, Aufnahme 1968

219 Vgl. REITER, Aufbruch, 2017, 406, 410f.; Anonym, Österreich wird nun rasch aufholen. Grundsteinlegung zum Atomforschungszentrum. Prof. Ortner berufen, in: Österreichische Neue Tageszeitung, 28.8.1959, 2.

220 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 110 (1960), 291.

221 KARLIK, Bericht, 1962, 249.

222 Ebd.

223 Das österreichische Strahlenschutzgesetz wurde 1969 verabschiedet; vgl. Bundesgesetz v. 11.6.1969 über Maßnahmen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzgesetz), BGBl. 227/1969.

1958 wurde am Institut für Radiumforschung und Kernenergie die in jahrelanger Arbeit konstruierte, österreichweit erste Apparatur zur Altersbestimmung nach der Radiokarbonmethode (C14-Methode) in Betrieb genommen.²²⁴ Der Verein der Freunde der Akademie der Wissenschaften hatte die Entwicklung subventioniert,²²⁵ schien sie doch aussichtsreich für Anwendungen in verschiedenen wissenschaftlichen Feldern, in denen auch die Akademie tätig war. Die Apparatur ermöglichte die öffentlich am deutlichsten sichtbare Anwendung der Radioaktivität; sie wurde ständig weiterentwickelt und verfeinert, und am Institut wurde eine entsprechende Untersuchungsstelle eingerichtet.²²⁶ Ab Mitte der 1960er Jahre wurden die ersten Altersbestimmungen von historischen, urgeschichtlichen und archäologischen Objekten für das Bundesdenkmalamt, Museen und Universitäten durchgeführt; bald wurde auch das Alter von Landmassen und Gletschern gemessen. 1968 wurde die zu bestimmende Altershöchstgrenze von 35.000 auf 50.000 Jahre erweitert.²²⁷ Die Messungsergebnisse wurden laufend in den *Mitteilungen des Instituts für Radiumforschung* veröffentlicht.

Berta Karlik hatte ab 1955 das international brennendste Forschungsgebiet der Nachkriegszeit, die Kernphysik und ihre Nutzung für friedliche Zwecke, in Österreich auf den Weg gebracht und an der ÖAW weitreichende Anwendungsformen etabliert. 1973, im Jahr vor ihrer Pensionierung, wurde Karlik, mittlerweile die Doyenne der Radioaktivitätsforschung in Österreich, als erste Frau zum wirklichen Mitglied der ÖAW gewählt.

15.5 Resümee

In den dargestellten Fällen konnten zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten an ihre zuvor NS-relevante Forschung nach der Zäsur durch die Entnazifizierung erfolgreich anknüpfen. Dafür waren Anpassungsleistungen auf drei Ebenen notwendig, von denen letztlich die einzelnen Akademieforscher/innen, die Forschungseinheiten und die ÖAW als Gesamtinstitution profitierten: auf der Ebene der individuellen Wissenschaftler/innen bedeuteten Weiterführung und Wiederaufnahme der vor 1945 durchgeführten Forschungen meist, dass auch die jeweilige wissenschaftliche Karriere weiterhin erfolgreich verlief; für die einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen ermöglichte die Fortsetzung ihrer Forschungsaktivität den Zugriff auf Ressourcen und institutionelle Weiterentwicklung; schließlich brachte die Weiterführung NS-belasteter Forschung in Kommissionen und an Instituten auch der Akademie der Wissenschaften als Gesamtorganisation eine Reihe von Vorteilen ein.

224 Berichte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 108 (1958), 312.

225 Siehe Kapitel 17, 301.

226 Vgl. KARLIK, Das Institut, 1965, 388.

227 Vgl. Bericht des Sekretärs, in: Alm. 118 (1968), 143.

Von der Arbeit der Wörterbuchkanzlei profitierte die Akademie insofern, als die Dialektforscher/innen nach 1945 plausibel machen konnten, dass sie ungeachtet des Rückgriffs auf davor entwickelte Methoden und Praktiken der Erforschung der österreichischen Heimat verpflichtet waren und damit zur Ausbildung eines österreichischen Staatsbewusstseins beitrugen. Diesen in der Nachkriegszeit besonders opportunen Österreich-Patriotismus reklamierte die Akademie für sich auch als Gesamtorganisation.

Durch die ungebrochene Fortsetzung der anthropologischen Arbeit in der Pösch-Kommission und in der neu gegründeten Anthropologischen Kommission verneinte die Akademie die ideologische Stoßrichtung jener Forschungen, die sie während der NS-Zeit in ihren Kommissionen als „Rassforschung“ gezielt gefördert hatte. Mit dem Postulat einer Tradition reiner, streng objektiver naturwissenschaftlicher Forschung gelang es nicht nur, vormals rassenkundliche Projekte unter dem neutralen Begriff der Anthropologie weiterzuführen, sondern auch, der Akademie als Ganzem ein wissenschaftlich neutrales, unpolitisches Image zu verleihen. Diese Auffassung wurde zusätzlich von dem Argument gestützt, dass der führende Anthropologe an der Akademie, Josef Weninger, selbst wegen seiner jüdischen Ehefrau ein NS-Verfolgter war. Dass er paradoxerweise ganz im Sinne der Rassenideologie dachte und wissenschaftlich arbeitete, wurde ebenso verschleiert wie die Förderung von Untersuchungen an Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkriegs (Kaisersteinbruch).²²⁸

Im Fall der Raumforschung erfolgte der Anpassungsprozess an die Anforderungen der Nachkriegszeit auf allen drei angesprochenen Ebenen. Hugo Hassinger, der trotz NS-Überzeugung kein Parteimitglied gewesen war, gelang es, die Akademie der Wissenschaften dafür zu gewinnen, dass sie seinen in der NS-Zeit an der Universität Wien verankerten Forschungsbereich, der direkt den Reichsbehörden unterstellt gewesen und 1945 aufgelöst worden war, übernahm und in ihr Forschungsportfolio integrierte. Dieser fand an der Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau eine neue institutionelle Heimstätte. Schon in ihrer Namensgebung wies sich die Kommission selbst als staatlich relevant aus. Für die Akademie ergab sich durch die Aufnahme und Weiterführung dieses NS-belasteten Forschungsbereichs die Möglichkeit, unter Beweis zu stellen, dass sie mit anwendungsorientierter Forschung einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau leisten konnte und keine veraltete Institution war. An den auf die Stadt Wien bezogenen Forschungen, die Hassinger zum Teil bereits vor 1945 konzipiert und begonnen hatte, sind klare NS-Kontinuitätslinien in der Zeit nach 1945 erkennbar.

Weniger klar ist die Kontinuitätslinie im Bereich der Kernforschung. Anders als bei den anderen hier untersuchten Unternehmungen musste die Akademie hier in personeller Hinsicht einen Bruch hinnehmen und ein

228 Siehe Kapitel 12, 109f.

während des Kriegs hochrelevantes Forschungsfeld vorübergehend ruhend stellen. Ohne das NS-belastete Stammpersonal und ohne den Zugriff auf benötigte Apparaturen konnte die Kernforschung nicht weiter betrieben werden. Die Akademie verfolgte die Strategie, ihr einzig verbliebenes Institut, das Institut für Radiumforschung, durch die Umstellung von Atomforschung auf traditionelle Radiumforschung – wie sie vier Jahrzehnte lang im Vordergrund ihrer Forschungen stand – zu erhalten. In 1950er Jahren erlaubten die weltpolitischen Umstände und die neu ausgegebene Devise der friedlichen Nutzung der Kernenergie die Reaktivierung der Kernforschung in Österreich. Die ÖAW ergriff die Chance, durch die vorhandene Expertise am 1955 neu benannten Institut für Radiumforschung und Kernphysik das nationale Kernforschungsprogramm federführend zu gestalten und Österreich im Feld der pulsierenden Nuklearforschung international zu repräsentieren.

Durch den Vergleich über die politische Bruchlinie von 1945 hinweg werden die Spezifika einer nationalsozialistischen Forschungspraxis präziser analysierbar. Für diese Fragestellung ist die Akademie der Wissenschaften in Wien ein besonders aufschlussreiches Untersuchungsfeld, weil sie – im Unterschied zu den Universitäten und Hochschulen – keinem etablierten Fächerkanon verpflichtet war bzw. ist. Ihre spezifische Struktur eröffnete 1945 die Möglichkeit, sich durch die Weiterführung, Veränderung und Schließung von Forschungseinrichtungen von einzelnen Forschungsfeldern und Forschungspraktiken zu distanzieren. Um die Brüche zwischen der Forschungspraxis der Zweiten Republik und jener des Nationalsozialismus sowie der hier dargelegten Kontinuitäten hinsichtlich ihrer Ambivalenz präzise bestimmen zu können, bedarf es einer umfassenden vergleichenden Analyse der an der Akademie vor und nach 1945 durchgeführten Forschungsvorhaben, die im Rahmen dieses Kapitels nicht geleistet werden konnte.

Die hier beispielhaft untersuchten ÖAW-Forschungsunternehmen in der frühen Zweiten Republik zeigen, dass die von angepassten Kontinuitäten bestimmte Forschungspraxis nicht nur von fragwürdigen Rückgriffen auf Ressourcen bestimmt war, die in den Jahren 1938 bis 1945 erworben worden waren, sondern auch ein Neuerungspotenzial freisetzte. Für die ÖAW bedeutete insbesondere die gelungene „Verösterreicherung“ der in nationalsozialistischer Zeit erbrachten Forschungsleistung, dass sie sich über den politischen Bruch von 1945 hinweg als leistungsfähige Forschungsinstitution behaupten konnte.